

# Wesltars

## Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdke, Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierjährlich 150 Mk., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: für jeden Millimeter Höhe der 4gepaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 49.

Berlin, 7. Dezember 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 577: Politische Hochstapler im Memelgebiet. — S. 578: Das von Paris. — S. 579: Polen in der Wirtschaftskrise. — S. 580: Die Demotisierung Polens. — S. 581: Politische Willenskraft in Polen. — S. 582: Politische Kritik an Danzig. — S. 583: Die Entwidlung des Danziger Charakters. — „Der Offiziers“. — S. 584: Eine deutsche Frau an der Ostfront. — S. 585: Blätter.

### Politische Hochstapler im Memelgebiet.

Am 1. Dezember hat das illegale Direktorium Neissigs seine Ausrückert erklärt. Der Gouverneur Dr. Rakovaks hat den Rücktritt genehmigt und Neissigs und Konforten zunächst mit der Weiterführung der „Regierungsgeschäfte“ im Memellande beauftragt. Für den Rücktritt sind zwei Gründe maßgebend gewesen. Einmal hat die Ectigkeit des litauischen Direktoriums in der Memelbesiedelung, auch unter der litauischen Minderheit, eine wachsende Erbitterung hervorgerufen. Neissigs hat es in den 5 Monaten seiner „Regierung“ fertig gebracht, die dank der unvernünftigen Politik der Rakauer Regierung ohnehin notleidende Wirtschaft des Memelgebietes vollends an den Rand des Abgrundes zu bringen. Die einzigen „Erfolge“, die dieser junge Mann dem Litauischen Reich hat zu bringen vermocht, sind die Majjantentafelungen von deutschen Beamten und Angestellten und die Erteilung durch gefällige Kreaturen gewesen, die das Memelgebiet als eine Kolonie ansehen, deren Bewohner sie nach Belieben fiskalisieren und ausplündern können. An positiver Arbeit ist nichts, aber auch gar nichts geschehen. Es ist ein lächerliches Ablenkungsmanöver, die Schuld an der allgemeinen Regierungslosigkeit jetzt auf den verunglückten Memellandtag abzuwälzen zu wollen. Neissigs wird der Unzufriedenheit der Massen und der Erbitterung seiner eigenen litauischen Anhänger zum Opfer gebracht. Das ist der eine Grund für seinen Rücktritt.

Der andere ist die Rücklicht auf die Signaturmächte. Die juristischen Sachverständigen Englands, Frankreichs und Italiens haben in ihren Gutachten eine ganze Reihe von litauischen Verträgen gegen die memelländische Autonomie festgestellt. Die litauische Regierung kann diese Verträge nicht leugnen; denn sie lassen sich nicht hinwegdisputieren. Aber sie tut jetzt so, als sei das, was da geschrieben ist, gar nicht so schlimm. Wenn etwas falsch gemacht worden ist, so sagt sie jetzt mit harmloser Miene, gut, denn stellen wir das eben ab; und wenn sich unter guter Neissigs ein paar mal daneben benommen hat, schön, dann werden wir dem jungen Mann mal die Weiten leiten oder ihn vielleicht auch in die Wüste schicken. Was etwa ist die Einstellung der litauischen Regierung. Aber man soll ja nicht glauben, daß sie im Ernst daran denkt, irgendeine Maßnahme, die Rakovaks, Neissigs, Simonaitis ufm. in den letzten fünf Monaten getroffen haben, wieder rückgängig zu machen und die legalen Zustände wieder herzustellen. Sie wird, wenn es nötig ist, das Blaue vom Fenster Himmel herunter läßt, sie wird jedem, dem es Spaß macht, das Paradies der Memeländer versprechen; sie wird irgendeine glatte Formel suchen, mit der sie die Kronjuristen der Signaturstaaten an der Nase herumführen kann. Aber anders wird sie an dem rechtlichen Zustand im Memelland nicht sein, wenn ihr nicht ebenso die Daumenströuben ansetzt, wie der Jolterknecht es mit den deutschen Selangenen in Baubronn tun, wenn sie aus diesen das für den großen Prozeß notwendige „Beweltungsmaterial“ herauspressen wollen.

Neissigs selber hat in einem an den Gouverneur gerichteten Schreiben seinen Rücktritt damit begründet, daß er keine Gelegenheit gehabt habe, mit dem Landtag zusammenzuarbeiten, und daß es daher nicht möglich gewesen sei, die notwendigen Mittel weder für die Regelung der öffentlichen Finanzen des Gebietes durch die Herabsetzung der steuerlichen Kosten für die Bewohner und durch Minderung der Ausgaben zu erwirken, noch die berechtigten Maßnahmen zur Reorganisation des Verwaltungssparates und die Herausgabe anderer Gebiete für das Gebiet zu treffen“. Neissigs vergißt dabei nur zu erwähnen, daß er selber zusammen mit dem Gouverneur durch mancherlei Schieberungen den Land-

tag beschlußfähig gemacht hat; er vergißt auch hinzuweisen, auf welche Weise er eigentlich eine Herabsetzung der steuerlichen Kosten durchzuführen wollte, da doch die Ausgaben durch die litauischen Beamten, die er in hüllen Haufen in einträgliche Stellen geschoben hat, nicht vermindert, sondern erhöht worden sind.

Als ausführender Kandidat für den Posten des Landesdirektors wurde zunächst Graf Subow genannt, der vor einigen Jahren aus Großlitauen ins Memelgebiet zugewandert war und dort ein Gut erworben hatte. Subow ist ein Verwandter des Marschalls Pilsudski. Er machte im vergangenen Sommer viel von sich reden, als er nach Warschau fuhr und dort mit hervorragenden Vertretern des polnischen Regierungslagers, u. a. auch mit dem Marschall selbst Sichtung nahm, um die Wege für eine polnisch-litauische Verständigung zu ebnen. Seine Bemühungen blieben damals jedoch ohne sichtbaren Erfolg. Immerhin ist Graf Subow durch diese Aktion und durch seine vermittelnden Bemühungen zu Pilsudski eine Persönlichkeit, deren aktives Eingreifen in die litauische Memelpolitik auch auf Polen zurückfallen dürfte und Gedankengänge befähigen würde, die seinerzeit der Rakauer Korrespondent der offiziellen „Gazeta Polska“, der Jude Kattelbach, mit einigen Artikeln andeutet hat, in denen er ein polnisches Interesse an einer möglichen Verschärfung des deutsch-litauischen Memelkonfliktes durchblicken läßt. Es könnte jedenfalls für die deutsch-polnische Verständigungspolitik nicht von Vorteil sein, wenn ein Mann wie Subow in amtlicher Eigenschaft im Dienste der Litauer gegen das Memeldeutschstum auftreten würde oder wenn überhaupt irgendwelche Förderung der Litauer in ihrer Memelpolitik von polnischer Seite her festgelegt werden könnte.

Am 2. Dezember wurde der litauische Landtagsabgeordnete Jurgis Bruvelaitis mit der Reubildung des Direktoriums beauftragt. Man hatte von vornherein angenommen, daß es die Litauer dieses Mal versuchen würden, den litauischen Charakter des neuen Direktoriums möglichst zu tarnen. Man war sich nur noch nicht im klaren darüber, wer sich für die Verantwortliche im Dienste der Litauer erheben würde. Bruvelaitis ist es nun tatsächlich gelungen, in zwei bisher wenig bekannten Mitgliedern der memelländischen Landwirtschaftspartei, Buttgererit und Grietungamancor, die Helfer zu finden, deren sie zur Durchführung ihres Versagensmanövers bedürfen. Neben diesen beiden Abtrünnigen wurde noch der Gouvernementsrat Dr. Martin Anijka ins Memeldirektorium berufen. Grietat hat, wie es heißt, schon seit einiger Zeit versucht, Anjshof an die litauische Seite zu finden, wo er für sich persönliche Vorteile erhofft. Buttgererit, dem es sehr schlecht gehen soll, scheint unter wirtschaftlichem Druck der Litauer gehandelt zu haben. Das spricht ihn nicht von der Schuld des Volksobertrates frei. Es ist wieder einmal das alte traurige Bild: Menschen, die den inneren Halt verloren haben, werden zu Henken an denen, die sie bis dahin als ihre Volksgenossen ansehen. Das die Litauer anlangt, so bestätigt dieses schmerzliche Betragsmanöver nur alles das, was über die „Wollitiker“ dieses Volkes ohne Selbichte an dieser Stelle bisher schon gesagt worden ist.

Dem neuen Landesdirektor Bruvelaitis steht der Ruf eines brutalen Deutschenhassers voran. Er ist also wohl der geeignete Mann, um das politische Erb des abgetretenen Neissigs fortzuführen. Dieses Erb wurde am 1. Dezember noch durch eine im „Landsblatt des Memelgebietes“ veröffentlichte Bekanntmachung „belehrt“, die das memelländische Schulwesen betrifft. Durch die Bekanntmachung ist gemäß der

Verfügung des Direktors vom 24. Sept. 1934 in 222 Schulen des Memelgebietes die litauische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt worden. Auf Grund der erwähnten Verfügung vom 24. September hatten die Eltern der memelländischen Schulkinder anzugeben, ob ihre Kinder deutsch oder „litauischer“ Abstammung sind und ob sie zu Hause mit ihren Kindern deutsch oder „litauisch“ sprechen. Die Angaben der Eltern wurden zunächst von den Schulleitern, sodann von den Schültern und schließlich, wenn das noch nicht ausreichte, auch noch vom Direktorium selbst, also von drei amtlichen Stellen, von denen mindestens die beiden höheren Instanzen nationalitätlich sind, überprüft. Bei dieser amtlichen Überprüfung der erteilten Angaben über Abstammung und Hausprache haben sich die unerhörtesten Mißgründe ereignet: 1. In jedem Kind, das nicht einen rein deutschen Namen besitzt, und jedes Kind, das vom festgestellt werden konnte, daß es selbst (oder seine Eltern) neben der deutschen Sprache auch den heimatisch-memelländischen Dialekt versteht, kuerbend als „litauisch“ bezeichnet worden. Die Angaben der Eltern wurden in zahllosen Fällen einfach unbeachtet gelassen. In sämtlichen bisher deutschsprachigen Schulen hatten die Eltern zu 80 bis fast 100 v. H. die Deutschsprachigkeit und die Deutschsprachigkeit ihrer Kinder in den ihnen vorgelegten Filen versichert. Von den Vätern, die die Angaben überprüfen, sind diese Angaben kuerbend umgeflüßelt worden.

An den Schulen des Memelgebietes, in denen auf diese Weise die Kinder „litauischer“ Abstammung oder „litauischer“ Hausprache die Mehrheit ausmachen, soll jetzt zwangsweise die litauische Unterrichtssprache eingeführt werden. Die Eltern werden ebenfalls nicht danach gefragt, ob sie damit einverstanden sind und ob sie überhaupt Wert darauf legen, daß ihren Kindern in völlig sinnloser Weise die Sprache eines so knapp 2 Millionen Einwohner so benachteiligt wird, das auch nur einen kleinen Teil der Bevölkerung politischer Hochstapler um seinen moralischen Kredit in der Welt betrogen wird. Der Grundsatz der Minderwertigen, die den freien kulturellen Wettbewerb fürchten, der Grundsatz, daß die Zwangsmittel der staatlichen Gewalt und der Chauvinismus der Bürokratie darüber zu entscheiden haben, welchem Volkswirtschaft die Bürger des Staates anzugewöhnt haben, wird durch das litauische Vorgehen auf die Spitze getrieben.

Das deutsche Memelgebiet hat sich angelehnt dieses neuen gewalttätigen Eingriffes in die natürlichen Rechte jeder Volksgruppe eine zu erheben und sich erheben bemüht. Von 222 Hochschulen des Memelgebietes sollen nur noch 6 die deutsche Unterrichtssprache behalten. Und das in einem Lande, das normalerweise anders als deutsch gedacht und gefühlt hat, in dem das schmachvolle litauische gefilmte Element aus Menschen gebildet wird, die mit ihrem nationalen Bewusstsein entweder ihre persönlichen Zwecke verfolgen oder aber erst im Laufe der letzten Jahre als Teilnehmer einer politischen Konjunktur von jenseits der alten deutsch-russischen Grenze ins Memelland importiert worden sind. Keinem deutschbewussten Bewohner des

Memellandes kann zugemutet werden, daß er sich dem Gewaltakt, der das Volkstum seiner Kinder bedroht, freiwillig fügt. Er hat die Macht, sich der Gewalt der staatspolitischen Fremdbereitschaft mit ebensolcher Gewalt zu widersetzen. Aber er ist immer noch stark genug, den Erfolg der litauischen Maßnahmen zu verhindern. Er kann es ablehnen, seine Kinder der Vitanisierung auszuliefern, er kann sich weigern, seine Kinder in die Schule zu schicken, solange für sie dort die Gefahr der Erziehung in einem fremdvölkischen Geiste besteht, solange die Schulen im Memellande Anstalten sind, die dazu dienen, deutsche Kinder auf das kulturelle Niveau Schamansens herabzusetzen und sie mit dem Geißel der politischen Hochstapler zu verzeihen, die heute noch das deutsche Memelgebiet fiskalisieren. Die Vitaner scheinen selber anzunehmen, daß ihre verführten Terrormaßnahmen den passiven Widerstand der Memelländer herausfordern müssen. Wohl aus diesem Grunde haben sie größere Eruppenkontingente nach Stadt und Land Memel geleigt. Nach außen hin wird diese Maßnahme natürlich wieder nach demühten Muffler mit einem angeblühenden drohenden deutschen Einmarsch begründet. In den Rauser Heftblättern aller Schattierungen konnte man lesen, daß die deutschen Eruppenenteile an der Memelgrenze verläßt worden seien und daß Deutschland die Unabhängigkeit nicht nur Vitauens, sondern aller baltischen Staaten betreibe. Die Wirklichkeit ist der Grund für die Belegung härterer Eruppenabteilungen aus Großlitauern ins Memelgebiet — wie gelangt — in der Surcht der Rauser Machthaber davor zu liegen, daß ihr liegt auf die Spitze getriebener Terror an einem Schul- und Steuertrieb des Volkes scheitern könnte. Sie wollen in einem solchen Falle sofort in der Lage sein, mit der benannten Macht einzuwirken zu können, da sie nicht hoffen können, im Falle eines allgemeinen Streikes unter der Bevölkerung des Memellandes selbst eine nennenswerte Zahl von Bundesgenossen zu finden.

Es geht heute, in dem gemäßigten Lande jenseits der Memel hart auf hart. Wie an der Saar, so kämpft auch dort deutsches Volkstum um seinen Bestand. Sorgen wir dafür, daß das Schicksal der 140 000 an der Memel nicht im Schatten des Schicksals der 800 000 an der Saar verschwindet! Der Menschlein sind an der Memel jener weniger als an der Saar, und an Reichümern kann das Land im Osten nicht ebensoviel wie das im Westen aufweisen. Aber es kommt, wenn deutsches Volkstum auf dem Spiele steht, nicht auf die Zahl der Menschen und nicht auf die Größe des Reichums, sondern auf die Stärke der deutschen Nation, die sich dem Kampf um die deutsche Freiheit und die deutsche Freiheit widersetzt, die sich dem Kampf um die deutsche Freiheit widersetzt, die sich dem Kampf um die deutsche Freiheit widersetzt. Es kommt darauf an, daß ein Land, das deutscher Schicksalsboden ist, nicht für immer zum Kummelplatz politischer Freireiber wird. Es darf nicht geschehen, daß, wenn die Glocken von Saarbrücken und Saarlouis die Stunde der Freiheit deutscher Volksgenossen im Westen einläuten, die Glocken von Memel und Heggedork die Stunde des Unterganges der Freiheit deutscher Menschen im Osten verkünden.

## Los von Paris!

Der französische Außenminister hat sich daran überzeugt, daß der Ostpakt nur dann den Frankreich beabsichtigten Erfolg haben kann, wenn Deutschland mit in den Rahmen des Paktesystems einbezogen wird. Er hat daher am 30. November in seiner außenpolitischen Erklärung eine Einladung an Deutschland gerichtet, diesem gegenseitigen Bestandspakt beizutreten, in dem es die gleichen Garantien findet wie die, die es den anderen Ländern zuteil werden läßt. Voral hat dabei allerdings nichts vorgeschrieben, was Deutschland dazu veranlassen könnte, seine bisherigen Bedenken gegen diesen Pakt beiseite zu schieben; er hat es nicht einmal für nötig gehalten, den angenommenen Konzeption zu ändern, die die Form des Ostpaktens seit ihrer Frankfurter und der Weimarer gleichgültig bleiben. Die Interessen unseres Landes“, hat Voral gesagt, „decken sich mit denen des Friedens. . . Der Reichskanzler Hitler hat seinen Willen zum Frieden bekundet. Wir fordern ihn auf, seine Worte in Handlungen umzusetzen, indem er sich der Politik anschließt, die wir in Osturopa verfolgen.“ Voral ist dabei den Kathedern schuldig geblieben, daß die Politik, die Frankreich in Osturopa verfolgt, wirklich dazu angeht, dem Frieden zu dienen, das heißt: den Krieg zu verhindern. Man erinnert sich daran, daß Frankreich gelegentlich auch seine — Kriege mit seiner Friedensliebe begründet.

Was die transjuralen Ostpolitik anlangt, so hat sie bisher jedenfalls weniger dem Frieden als der Verarmung der in Versailles mit voller Abicht geschlossenen Sengens zwischen den Staaten und Völkern Osteuropas gedient. Es genügt wohl, darauf hinzuweisen, daß das einzige politische Ereignis der Nachkriegszeit, das wirklich zu einer in ganz Osturopa fühlbaren Entspannung geführt hat, der deutsch-polnische Pakt vom 26. Januar d. J., in Frankreich Bestätigung und Umkleen herozogen hat, um die französische „Friedenspolitik“ in Osturopa in ihrer ganzen Unmöglichkeit. Die Vranpmpflicht erkennen zu lassen. Die Reihe, seinen Willen zum Frieden zu bekunden, die westlichen Verbündeten zu benehmen, ist nicht an Deutschland, sondern an Frankreich. Diesen Willen aber kann Frankreich nicht dadurch beweisen, daß es den anderen Staaten ein Paktesystem aufzwingen versucht, das sehr deutlich die Kennzeichen einer verzeirlichen Vorkriegsdiplomatie an sich trägt;

london nach allen Erfahrungen, die man bisher mit der Ostpolitik des Quai d'Orsay hat machen müssen, kann Frankreich seinen Willen zur Ruhe im Osten nur noch dadurch glaubhaft machen, daß es endlich aufhört, sich in Angelegenheiten zu mischen, an denen es als eine westeuropäische Macht mit starken kolonialen Bindungen räumlich durchaus nicht beteiligt ist. Das Beispiel des deutsch-polnischen Paktes hat wohl zur Genüge bewiesen, daß der Frieden im Osten am besten dann zu sichern ist, wenn Frankreich seine Hand nicht mit im Spiele hat.

Die Herren des Quai d'Orsay können ihre „Mitarbeit“ im östlichen Mittelmeer jedoch noch immer für unentbehrlich zu halten. Die „Sorge“ um die Erhaltung des Friedens im Osten läßt nicht ruhen. Sie können beruhigt sein! Die Zeit ist gekommen, in der auch die Staaten, die sich bisher stets auf Frankreich zu verlassen gewohnt waren, den Pariser „Bestand“ aber lästig als nützlich empfinden. Es gibt im ganzen östlichen Mittelmeer eigentlich nur noch einen einzigen Außenminister, der es sich noch nicht abgemüht hat, in Paris die Zentrale zu leben, der es zulehzt, die politischen Selbstkde des Ostens zu leisten. Dieser Mann liegt in Prag. Überall sonst aber hat die Emanzipation der östlichen Staaten von der französischen Vorkriegspolitik schon mehr oder weniger Schritte gemacht. Am 15. Oktober hat sich unter der Pariser „Balkon“ der Balkanvölker ein Zusammenfluß der Mächte vollzogen, der mit der zunehmenden Überwindung der gegenseitigen Spannungen auch die Anlaufpunkte für eine fortgesetzte Einmischung von französischer Seite verringert. Für die Situation im Donauraum ist es bezeichnend, daß bei dem gegenwärtigen Streit um die ungarische Revisionspolitik Frankreich noch mehr der Geduldens als der Schiebende ist. Aus dem früher so fröhlichen Polen ist im Laufe der letzten zwei Jahre eine Großmacht geworden, die es schon wegen kann, den französischen Kapressellen ihren schicksalhaften Überfall entgegenzusetzen. Und auch die baltischen Staaten machen wenigstens schon den Versuch, sich von dem Diktat der Pariser Politik zu befreien, werden hierbei allerdings stets wieder von der Terrorpolitik Vitauens im Memellande behindert. Alles in allem ist das Interesse für die

französischen Opankpläne in den Osmitteltelortrupfen Staaten am liebsten gering. Zwar will es keiner von diesen Staaten mit Frankreich verleben. Aber die meisten von ihnen zeigen heute doch der Auffassung zu, daß es nicht die Aufgabe eines mehr europäischen Staates sein kann, in Oj Europa eine führende Rolle zu spielen.

Paal hat in seiner Kammerrede behauptet, daß der Opank durch die in ihm enthaltene Garantie des gegenseitigen Beistandes geeignet ist, die Kriegsgefahr zu vermindern. Nicht nur von deutscher Seite ist das bemerkt und darauf hingewiesen worden, daß ein solcher Opank eher dazu ansetzt, als ein solches Verlehen der Versöhnung zum gegenseitigen Beistand bedeutet, daß ein Konflikt, der zwischen zwei am Opank beteiligten Staaten ausbricht, automatisch auch alle anderen Partner ereignet; diese Verpflichtung bedeutet, daß im Fall eines anderen Konfliktes durch den Opank der diplomatische Apparat in Bewegung gesetzt wird, der durch seine verallgemeinernde Tendenz ebenso unangelegentlich zur europäischen Katalrophe führen muß, wie er damals zum Weltkrieg geführt hat, als durch die Schülfe von Czerejmo ein zunächst nur lokaler Konflikt auszufließen worden war. Wenn

von deutscher wie auch von anderer Seite auf diese unangelegten Gefährdung des französischen Beistandes verwiesen wird, so kommt darin ein grundlegendes und praktisch sehr bedeutungsvolles Unterchied der außenpolitischen Methoden dieser Staaten gegenüber demjenigen zum Ausdruck, die Frankreich anwendet. Das offizielle Paris hält mit geradem greifenhalt anmutender Eigenfinnigkeit an Methoden fest, deren mangelnde Eignung zur Behebung politischer Spannungen vor und nach Versailles durch eine solche Kette von Katalstrophen und Misserfolgen mit hinreichender Deutlichkeit festgestellt worden ist. Wenn es hartnäckig auf diesen Methoden beharrt, so deshalb, weil es sie für die geeignetsten hält, um sich den zur Beauptung seiner Vormachtstellung auf dem Kontinent notwendigen, vertraglich festgelegten abhängigen Einfluff auf die Länder Ozeanozans, über den es nicht zu meistern glaubt, durch diese Methoden in die Staaten im Osten Deutschlands am besten im Zustand der französischen Unmündigkeit erhalten zu können. Methoden und Ziele der französischen Politik bedingen einander. Deshalb haben die Staaten im Osten, die nach außenpolitischer Selbständigkeit streben, auch allen Anlaß, mißtraulich zu sein gegenüber den von Frankreich angewandten Methoden, als deren typische Form gegenwärtig in erster Linie der Opank erscheint. Dr. R.

## Polen in der Wirtschaftskrise.

Von polnischer Seite ist in letzter Zeit häufig darauf hingewiesen worden, daß sich die wirtschaftliche Lage des Landes zusehends bessern werde und daß es in dem Voraussetzungen für einen weiteren Aufstieg der polnischen Volkswirtschaft durchaus nicht fehle. Daß die Währung stabil, die Handelsbilanz aktiv, die Produktion im Aufsteigen ist u. a. m. wird als hoffnungsvolle Zeichen einer bevorstehenden Gesundung gemeldet. Es kommt bei derartigen Betrachtungen stets darauf an, von welchem Standpunkt aus man sie betrachtet. Wenn man sich für die Weltwirtschaft der Krise stellt, dann mag man auch durch einen kleinen Wiederblick schon optimistisch gefimmt werden können. Stellt man sich aber auf den Weltenkamm der vergangenen Hochkonjunktur, dann wird man auf ein etwaiges Wiederansteigen etwas kritischer blicken. Die Polen stellen sich bei Betrachtung ihrer wirtschaftlichen Lage möglichst so, daß ihnen die Gegenwart nicht allzu trübe erscheint. Etwas anders sieht die Entwicklung dann aus, wenn sie in nächsterer Weise betrachtet wird, wie es etwa von Seiten des Statistischen Reichsamtes geschieht. Im 3. Vierteljahrsbericht zur Statistik des Deutschen Reiches 1934 ist eine sorgfältige Arbeit über die Wirtungen der Krise auf die Wirtschaft Polens erschienen, aus der einige Hinweise im folgenden kurz zusammengefaßt werden sollen.

Das Kapitalarme Polen hatte unter den Finanzkräften des Auslandes empfindlich zu leiden. Die Kreditinstituten in Deutschland und Frankreich führten in Polen im Herbst 1930 zu starken Kapitalabzügen des Auslandes. Diskontenerhöhungen und Kreditrestriktionen der Zentralnotenbank und der Privatbanken verminderten die Kapitalabflüsse und ihre Folgen für die Wirtschaft nicht auszuhalten und abzumildern. Die Lage für Polen verschärfte sich noch mit dem Zusammenbruch der österreichischen Kredit-Anstalt am Ende der Vorkriegszeit. In Deutschland im Jahre 1931, in Polen blieb die polnische Währung stabil, blieben die polnischen Banken intakt und kamen die Kapitalabflüsse Mitte 1932 zum Stillstand, aber eine Verflüssigung des Kapitalmarktes war nicht mehr zu erreichen, der Staatshaushalt wies ein wachsendes Defizit aus und die Insolvenztätigkeit lag nahezu völlig brennend. Das hat sich auch heute noch nicht wesentlich gebessert.

Die Ausfuhr für die Industrie ist nicht günstig. Die Zeit der deflationistischen Kostenkämpfe ist noch nicht zum Abschluß gekommen. Die industrielle Produktion weist gegenüber dem Jahre 1928 einen fast starken Rückgang auf. Die monatliche Stellung ist in absehbarer Zeit kaum zu heben. Die Sommermonate d. J. haben einen J. 1. mit unwesentlichen Besserung einen erneuten Rückgang gebracht. Seht man die industrielle Gesamtproduktion von 1928 bis 100, so betrug die Produktion im 2. Vierteljahr 1934 nur 63,6 p. H. Der Rückgang ist bei den Produktionsgütern stärker als bei den Verbrauchsgütern und der Steinkohle. Die Gesamtinsehr Polens hat im 1. Vierteljahr 1928 (als die von konjunkturellen Höhepunkt stand) 913,8 Mill. Oloty betragen. Ihren Tiefstand hat sie im 1. Vierteljahr 1933 mit 179,7 Mill. Oloty erreicht. Das 2. Vierteljahr 1934 weist eine geringe Steigerung der Insehr auf 188,7 Mill. Oloty auf. Die Insehr Polens ist also um etwa ein Drittel vom sommermonatlichen Höchststand im 3. Vierteljahr 1929 mit 819,2 Mill. Oloty, ihren Tiefstand im 1. Vierteljahr 1933 mit 179,7 Mill. Oloty und hatte sich im 2. Vierteljahr 1934 erst auf 237,3 Mill. Oloty erholt. Einen Anhaltspunkt für die Entwicklung der Konjunktur bietet auch die Statistik der Beschäftigten. An den Verbrauch-, Nütten- und Industriebetrieben mit mehr als 20 Arbeitern waren in 4. Quartal 1928 fast 814 000 Kräfte beschäftigt. Am 1. Quartal 1933 waren es nur etwa 426 500. Die Zahl liegt im 2. Quartal d. J. auf 513 000, ist seitdem aber wieder gesunken.

Von besonderer Wichtigkeit für Polen ist die Agrarkrise. Der neue polnische Staat verfügt über einen Gebietsumfang von 386 000 Quadratkilometer, von denen über 85 p. H. während des Krieges unbesonnen und Kämpfen ausgebeutet waren. Die Bevölkerung dieses Gebiets ist zu 70 p. H. in der Landwirtschaft tätig. Die Landwirtschaft bildet somit das Rückgrat des polnischen Staates. Der Struktur nach bestehen große regionale Unterschiede. An den westlichen, größtenteils von Deutschland abgetrennten Gebieten herrschen Großbetriebe mit vielfach hochentwickel-

tem Sachfruchtanbau vor, in den übrigen Teilen des Landes überwiegen bäuerliche Betriebe, die noch durchaus primitiv wirtschaften. Am Gegensatz zu den benachbarten Nachbarstaaten verdischte Polen auf eine sorgfältige gezielte Ausleistung des Großgrundbesitzes. Der Regierung schwebte als wichtigstes laatspolitisches Ziel die möglichst baldige Sicherung der Ernährung der Gesamtbevölkerung aus eigener Scholle vor, wobei plötzliche Eingriffe in die Besitzverhältnisse der leistungsunfähigen Großbetriebe notwendig gemerkt hätten. Mit Hilfe der in reidem Maße vorhandenen Arbeitskräfte war es nach Verfall der vorherigen Jahre möglich, einen großen Teil der Kriegeinbußen zu beheben und die landwirtschaftliche Produktion beträchtlich zu heben. Die höheren Erträge der Agrarerzeugnisse im In- und Ausland gestatteten außerdem Reinvestitionen und einen verhältnismäßig schnellen Ausbau der Betriebe. 1928 war das Ziel der Vrotgetreideverfertigung aus eigener Scholle erstmalig erreicht. Gleichzeitig begann sich jedoch die starke Verlesung der Bauernbetriebe mit Arbeitskräften störend bemerkbar zu machen. Infolge des Kinderreichtums der polnischen Landbevölkerung wurde ständig ein beträchtlicher Überfluß an Arbeitskräften auf dem Lande festgehalten, die bei den Bauernbetriebe bald mit Arbeitslosigkeit im eigenen Betrieb verbracht wird, andererseits aber bei den ersten Auswirkungen der Überproduktion die Preise unumkehrbar zu sinken müßen, da die entbehrlichen Produkte zur Deckung der nicht im eigenen Betrieb herstellbaren Bedarfsgüter zu jedem Preise verkauft werden. Von dem Mangel der Überbevölkerung gewinnt man eine Vorstellung aus folgenden Zahlen: Die Fläche der ländlichen Bevölkerung 1 Quadratkilometer beträgt in Polen 55, in den östlichen Provinzen sogar 70, in Deutschland dagegen 40, eine Dirche, die bereits mit einem günstigen Abnehmerverhältnis als Norm angesehen werden kann. Eine weitere Folge des starken Eigenverbrauchs der Agrarbetriebe besteht darin, daß so gut wie keine Spärlücke aufkommen kann. Mit Ausbruch der Weltagrarkrise wurde die Möglichkeit der Agrarüberschuß zu exportieren, stark beschränkt. Die zunehmende industrielle Arbeitslosigkeit wirkte gleichzeitig einwirkend auf den Inlandsverbrauch. So ist nach Berechnungen des polnischen Instituts für Konjunkturforschung der Vrotverbrauch in Polen während der letzten Jahre gemessenmäßig um 25,5 p. H. gesunken.

Der Preisverfall der Agrarerzeugnisse führte zu einem starken Auseinanderfallen der Preisreihe, nämlich der Preise der Agrarerzeugnisse im Vergleich mit der Preisreihe industrieller Fertigerwaren. Wenn man die Preise für 1928 als Basis setzt, so betrug die Preisreihe für industrielle Fertigerwaren von 1929 bis zum ersten Halbjahre 1934 um 101,1 p. H. und der Agrarerzeugnisse um 90,3 auf 37,6, also die Agrarpreise in Prozent der Fertigerwarenpreise von 89,1 auf 38,7. Ohne Befestigung der schon fast Jahren anhaltenden Diskrepanz zwischen Agrarerzeugung und Inlandsbedarf dürfte die Not der Landwirtschaft nicht zu beheben sein. Eine Begleiterscheinung der geschilderten Verhältnisse ist die weitgehende Verfallung, die zum Teil noch auf die Zeit vor Ausbruch der Krise zurückzuführen.

An ein wesentliche Steigerung der Agrarautsuh Polens ist schwerlich zu denken. Einmal über die Selbstversorgungstendenzen der Industrieländer ein maßgebendes Hindernis, außerdem hat die polnische Landwirtschaft mit abgesehenen gelegenen Nachbarstaaten und den osteuropäischen Balkanländern zu konkurrieren. Die klimatischen Verhältnisse Polens gestatten ferner allein die Produktion solcher Agrarerzeugnisse, die die mitteleuropäischen Nachbarstaaten aus eigener Scholle decken können. So bleibt dem polnischen Staat nur die Möglichkeit, den zunehmenden ländlichen Bevölkerungsdruck durch Industrialisierung abzubauen. Eine starke Industrialisierung steht jedoch die Tatsache entgegen, daß die bereits bestehende Industrie ein keineswegs gesunde Grundlage besitzt und mit zahlreichen strukturellen Schwirrigkeiten zu kämpfen hat, von welchen im einzelnen im nächsten Teil zu Rede und einziger Abnehmer für die Textil- und Metallindustrie, weitgehende Rohstoffabhängigkeit vom Ausland, Kapitalmangel. Der letztere sowie die geringe Kaufkraft der Agrarbevölkerung bleibt für die künftige Entwicklung der wichtige Hemmungsfaktor.

## Die Demotorisierung Polens.

Die Zahl der Kraftwagen ist in Polen, als dem einzigen Staate Europas, der überhaupt eine Abnahme zu verzeichnen hat, seit 1931 um 30 v. H. zurückgegangen. Einige Zahlen mögen die Rückständigkeit Polens auf dem Gebiete der Motorisierung erläutern: Ein Auto kommt in Polen auf 1291 Personen (in USA auf 5 Personen). Auf je 100 qkm Staatsoberfläche kommen in Polen 7 Autos (ebenfalls wie in — Australien). Deutschland zählte 1933 rund 659.000 Kraftwagen, Polen nur 25.300 (d. i. die Hälfte der in Österreich vorhandenen Kraftwagen). Anfang 1927 gab es in Polen 16.800 Autos; der Zahl hier im Anfang 1931 auf 39.000 an, sie dann aber wieder bis Anfang 1933 auf 25.245 zurück, um bis Anfang dieses Jahres nur um knapp 900 wieder anzusteigen.

Die Demotorisierung Polens hat nach Ansicht der „Gazeta Polska“ ihren hauptsächlichsten Grund in den fast jede Einfuhr unmöglich machenden Zöllen. „Die prohibitive Zollföhr“, schreibt das Blatt, „haben zur Folge, daß Polen das Land der teuersten Automobile der Welt ist. Ein Kraftwagen volkstümlichen Typs, dessen Preis in jedem anderen Lande zwischen 4000 und 6000 Stoty schwankt, kostet in Polen über 12.000 Stoty. Noch größer ist der Unterschied bei den Wagen höherer Qualität. Hier kommen bei uns zu Lande noch zahlreiche Auffschläge, die jeden Kraftwagenabnehmer belasten, und verschiedene, die sich sehr häufige Formalitäten, die jeder Verkäufer zu erledigen hat. Das Ergebnis ist, daß sich immer weniger Käufer von Privatautos finden. Zahlreiche Wirtschaftsorganisationen und Automobilclubs sind wiederholt an die Regierung mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, die bisherige Motorisierungspolitik einer Revision zu unterziehen, herangetreten, da sie letzten Endes geradezu entgegengesetzte Ergebnisse zeitigte, als beabsichtigt, nämlich zu einer vollkommenen Demotorisierung des Landes führe. Dies ist aus wirtschaftlichen Standpunkt äußerst unerwünscht und gleichzeitig sehr gefährlich im Hinblick auf die Landesverteidigung.“ (Beispiel: Ein Ford, der in Östingen nur der Vergütung 7000 Stoty kostet, wird durch den Zollaufschlag bis auf 15.000 Stoty verteuert. 1 Liter Benzin kostet in Polen 70 Groschen, während der französische oder der schwedische Verbrauch für das gleiche, aus Polen bezogene Benzin nur 20 Groschen zahlt.)

Der „Austromariner Kurier Cobyenny“ schreibt über den Zusammenbruch der Motorisierung Polens: „Die zahlenmäßigen Stand der Kraftwagen in Polen darstellende graphische Kurve ist ein wahres Spiegelbild der Verhältnisse und der Maßnahmen auf dem Gebiete der Motorisierung in Polen. Bis zum Ende des Jahres 1930 ermöglichten ein freier Handel, freie Konkurrenz, entsprechend angemessene Zölle, noch verhältnismäßig zureichende Steuern sowie ein allgemeines, den Kraftwagenverkehr fördernde Politik eine normale Entwicklung dieses Wirtschaftsgutes, wogegen gleich diese Entwicklung auch langsam vor sich ging. Wenn dieser Zustand weiterhin beibehalten worden wäre, so könnten wir, selbst unter der Berücksichtigung der augenblicklichen Weltwirtschaftskrise und ihrer hemmenden Wirkungen, unter normalen Bedingungen um 1. Juli 1934 mindestens 65.000 Autos gehabt haben. Statt dessen haben wir — wie die Statistik zeigt (zumal mit Motorrädern und anderen mechanischen Wagen) — nur 35.000, d. i. fast die Hälfte.“

„An den Jahren 1931 und 1932 fiel die Zahl der Autos in Polen gewaltig. Der Grund dafür ist die überaus hohe Abgabe für den staatlichen Wegfonds. Diese Steuer traf den sich in

der Entwicklung befindlichen Automobilismus in Polen sehr hart. Die Jahre 1933 und 1934 zeigen eine unbedeutende Ausnahme, aber hauptsächlich bei denjenigen Wagenarten, für die gerade die Wegsteuer ermäßigt wurde. Es sind dies die privaten Personenautos und Motorräder. Dagegen ist der Rückgang derjenigen Wagenkategorien nicht aufgehalten worden, die auch weiterhin mit hohen Abgaben belastet werden, das sind die Verkehrsaufbauten, Volkskraftwagen und Autotaxen. Die Steuerbelastung hatte sich in den letzten vier Jahren den entscheidenden Einfluß auf die Anzahl der verkauften Kraftwagen in Polen. Die Folgerungen aus alledem zu ziehen, bereitet keine größeren Schwierigkeiten. Es erweist sich nämlich, daß alle übermäßigen Steuerbelastungen, die zur Vermehrung der Einnahmen des Wegfonds beitragen sollen, nur entgegengesetzte Folgen haben. Sie verringern nur die Zahl der Käufer, ohne die Einnahmen zu erhöhen.“

Der Krakauer „Kurier“ weist weiter darauf hin, daß auch die Durchführung der Verordnung über den konfiszieren Erwerbstitels von Personen und Gütern mit Autobussen und Volkskraftwagen sehr wesentlich dazu beigetragen habe, die Zahl der in Polen verkauften Autos auf ein Drittel des früheren Standes zu verringern. An der gleichen Richtung habe schließlich auch die Errichtung von Autobusverkehrsstellen durch die polnische Staatsbahn auf den wichtigsten, also den rentabelsten Strecken gemittelt. „Es ist eine wohl schwer zu bestrittene Tatsache, daß das Verkehrsministerium durch Aufnahme des Autobusverkehrs nicht nur eine Reihe kleiner privater Arbeitsstätten zum Erliegen gebracht hat, sondern sogar selbst zu dem von ihm geführten Autobusverkehr sehr bedeutende Summen zulegt und dadurch das mögliche Defizit der Staatsbahnen nur noch vergrößert.“

Die Warschauer Industrie- und Handelskammer hat bereits vor längerer Zeit eine Eingabe an die Regierung gerichtet, in der sie inschärferer mit Begünstigung der inländischen Montage aus dem Ausland eingeführten Autoteileanfertiger gefordert wird. Es heißt da u. a.: „Die Erfahrungen, die wir bisher mit der inländischen Autoteileindustrie gemacht haben, sind so traurig, daß diese Möglichkeit praktisch gar nicht in Frage kommt. Wir haben Autos in geringer Anzahl und zu phantastisch hohen Preisen hergestellt, was je miteinander in Beziehung steht. Eine Autoteileindustrie benötigt nicht so große Kapitalien, sondern auch ein Heer geübter Spezialisten. Wir haben weder das eine noch das andere. Die Schaffung einer eigenen Autoteileindustrie ist auch vom Arbeitsmarkt abhängig, und diesen besitzen wir ebenfalls nicht. Es ist jedoch möglich, ausländischen Fabriken, die durch ihre solide Arbeit bekannt sind, die Möglichkeit der Montage und Führung von Montagewerkstätten großen Stils in Polen zu geben. Dabei müßte jedoch zur Verbindung gemacht werden, daß die größtmögliche Anzahl von Einzelteilen, die im Inlande hergestellt werden können, von diesen Fabriken mit der Zeit in zunehmendem Maße verwendet würden. „Mit der Zeit — denn vorläufig ist das aus technischen Gründen noch nicht durchführbar.“ Eine weitere von der Regierung den ausländischen Montagewerken zu stellende Bedingung müßte die finanzielle Teilnahme dieser Firmen am Ausbau des polnischen Straßennetzes sein. Es würde die polnische Autoteileindustrie stützen, indem diese ausländischen Firmen zusammenfallen, die der Ausbau von Straßen ja gleichzeitig den Absatzmarkt erweitert. Es sei daher anzunehmen, daß in eigenem Interesse keines dieser Unternehmen sich weigern würde, diese Bedingungen anzunehmen.“

## Stland-Woche.

### Spotonki sucht „Weisheit“.

Im „Kurier Warszanski“ vom 23. November 1934 demütigte sich St. Spotonki, Mitarbeiter des „Gazeta Polska“, in der „Weltanschauungspolitik“ zu sein. Es ist bezeichnend, daß er zu diesem Zweck auf Artikel und Bücher zurückgreifen muß, die schon vor längerer Zeit erschienen sind, deren Inhalt also für die gegenwärtige, klare politische Linie Deutschlands völlig ohne Belang ist. Wollte man umgekehrt Veröffentlichungen von polnischer Seite, die eine antideutsche Tendenz enthalten und somit den deutsch-polnischen Abmachungen widersprechen, zusammenstellen, dann hätte man es wirklich nicht nötig, auf Artikel oder Bücher zurückzugreifen, die 1931 oder 1932 erschienen sind. Die unmittelbare Gegenwart müßte hierzu sehr reichlichen Stoff. Spotonki hat sich bei der Abschließung dieses Artikels an die 3 Informationsblätter des Wallstein-Instituts in Chicago geföhrt. Er hat, wie er sagt, „wie ein Kranich die Nacht an der polnischen Westgrenze hält“. Er verweist zunächst auf einen Artikel, der im Mai 1931 unter dem Titel „Die Wendung nach Osten“ im „Ostland“ erschienen ist und der ihm aus nicht näher erläuterten Gründen ebenso verdächtig vorkommen scheint wie ein anderer, im Juni 1933 unter der Überschrift „Der Osten im Dritten Reich“ erschienener „Ostland“-Artikel. Weiter scheint Spotonki ein Rundschreiben des preußischen Kultusministers „belehrt“ zu sein, da darin nämlich zur stärkeren Betonung des Ostens im Schulunterricht der Schulbesuch gefordert wird. „Dann greift der kleine „Kranich“ auf den „Roman von Raskolnikoff“ von Dostojewski. „Deutsche Wächter an der Westfront“ zurück, der im Jahre 1931 erschienen, ihm „ein wichtiges Dokument zur Erkenntnis der Psyche des

heutigen Deutschen“ zu sein dünkt. Als viertes „Beweisstück“ erwähnt Spotonki schließlich eine Novelle von G. G. G. „Flammen über Dantzsig“, eine anpruderlose Erzählung, deren Erscheinungsjahr 1932 ist. Die Folgerung, die man aus dem Artikel des „Kurier Warszanski“ ziehen muß, ist, daß auch dort, wo der „belle Wille“ vorhanden ist, nicht festgestellt werden kann, daß von deutscher Seite dem Geist der deutsch-polnischen Abmachungen, indem dieses selbst, verstanden worden ist — ganz abgesehen davon, daß es nicht klar ist, worin a B, im Falle der beiden „Ostland“-Artikel aus dem letzten Jahre die „polenfeindliche Tendenz“ gelegen haben soll. Auf Spotonki muß schließlich zugaben, es sei verständlich, daß in einem so disziplinierten Lande wie Deutschland in den letzten Tagen und Monaten Bücher mit ähnlichen Akzenten nicht erschienen sind. „Aber“, so fügt er, um ja nicht in den Verdacht eines „leidenschaftigen Verhandlungspolitikers“ zu kommen, folglich nicht, „es ist auch ebenso sicher, daß ein Wechsel in der Stimmung nicht unbedingt für eine Änderung der tiefsten Gefühle spricht“. Spotonki muß das so lassen. Und man kann diese Warnung, was ihn und seine Landsleute anlangt, nur zur Kenntnis nehmen.

### Zwangsverwaltung gegen Pächter.

Die Zwangsverwaltung der Diebstahl- und Unterschlagungen wirkt nicht nur für die deutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter verhängnisvoll aus, und sie steht nicht nur über den mobilerordneten Rechts der deutschen Bevölkerung, sondern auch über den Unternehmern, die gegen die Deutschen gemacht, die von den landwirtschaftlichen

Vom 1. Januar 1935 an wird das

# „Ostland“ als Halbmonatsschrift

am 1. und 15. jedes Monats erscheinen. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 0,90 RM, zuzügl. 0,12 RM Bestellgebühr.

Neubestellungen bis zum 20. Dezember!

Verhörungen des Viehes vom Fleck Bandt angefaßt haben. Die allgemeine Notlage der polenrischlichen Bevölkerung hat es diesen Jahren 1930 Dächtern größtenteils unmöglich gemacht, die fällige Pacht rechtzeitig zu zahlen. Die fürstlich Pleschke Verwaltung hatte stets auf die Notlage der Dächter in weitgehendem Maße Rücksicht genommen und auf die Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen die mit ihren Zahlungen rückständigen Pächter verzichtet. Die polnische Zwangsverwaltung glaubt einen solchen Beweis sozialen Verhältnisses nicht nötig zu haben. Vermutlich macht es den Zwangsverwaltern auch ein besonderes Vergnügen, kleine Leute, wie die Dächter, zu schikanieren. Jedenfalls hat es die Zwangsverwaltung für richtig gehalten, alle Dächter in schroffer und ultimativer Form aufzufordern, binnen drei Wochen die aufgelaufenen Pacht rückstände zu begleichen, widrigenfalls das Pachtverhältnis aufgelöst würde. Da es den Pächtern, die unterhalb der Not geraten sind, völlig unmöglich ist, dieser Aufforderung in der kurzen Zeit nachzukommen, werden die meisten von ihnen das Stück Ackerland oder den Streifen Wiese, den sie angekauft haben, verlieren. Die Zwangsverwaltung wird auf diese Weise die Pleschken Unternehmungen ganz gewiß nicht sanieren. Darauf kommt es ihr aber auch gar nicht an; zu diesem Zwecke hat sie Grunzinsen auch nicht vom Gericht einseisen lassen. Sie wird nur wieder mehrere hundert deutsche Familien schädigen, und damit hat sie sich wieder einen weiteren Teil der ihr zuweisenden Aufgabe erfüllt.

## Polens Agrarexport.

Über einige wesentliche Posten der landwirtschaftlichen Ausfuhr Polens gibt nachstehendes Übersichtstabelle Auskunft. Die Ausfuhr von Getreide und Vieh aus Polen in den ersten 9 Monaten dieses Jahres, verglichen mit der Ausfuhr in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, stellt sich wie folgt dar:

	1934	1935
	Stück Mill. St.	Stück Mill. St.
Pferde . . . . .	13 235 2,7	15 742 2,8
Vinder . . . . .	5 375 1,8	2 146 1,2
Schweine . . . . .	110 758 12,5	66 460 7,1
Wolle . . . . .	59 410 0,25	59 558 2,3

Wie aus diesen Zahlen zu ersehen ist, sind die Ausfuhr von Vieh und etwas Vieh. Befonders stark ist der Rückgang der Schweineausfuhr. Dieser Rückgang auf ein Sechstel der Vorjahresausfuhr hat seine Ursache vor allem darin, daß Deutschland keine Genehmigung erteilt hat, nach dem neuen deutsch-polnischen Kompenzationsabkommen hat Polen die Möglichkeit, innerhalb eines Jahres 700 000 Stück Magereisen nach Deutschland auszuführen, so daß Polen für einen nicht unwichtigen Posten seiner landwirtschaftlichen Ausfuhr sich ein Absatzgebiet gesichert hat. Die Ausfuhr von Schweinen ist dagegen um über 40 Prozent gestiegen, weil das neue zwischen Polen und Österreich geschlossene Handelsabkommen die Schweineausfuhr wesentlich erleichtert bzw. in einem bestimmten Umfang ermöglicht hat.

Was die Getreideaufsuhr anbetrifft, so wurden aus Polen in den ersten neun Monaten 179 032 Doppelzentner Getreide im Werte von 15 Millionen Lotz ausgeführt, von dieser Menge entfallen auf Deutschland 121 276 Doppelzentner im Werte von 13,2 Millionen Lotz, das sind zwei Drittel der gesamten polnischen Getreideaufsuhr. Die Getreideaufsuhr ist um mehr als das Dreifache gestiegen, und zwar von 11 221 Doppelzentner im Werte von 2,9 Millionen Lotz auf 37 465 Doppelzentner im Werte von 7 Millionen Lotz. Diese Ausfuhr übersteigt die Vortereinfuhr des Jahres letzten Jahres bereits um 130 Prozent. Während jedoch im Vorjahre noch kleine Mengen Getreide in andere Staaten ausgeführt wurden, ist in diesem Jahre die gesamte polnische Getreideaufsuhr von Deutschland aufgenommen worden. Das Kompenzationsabkommen in dieser Polen eine Ausfuhr von 4000 Doppelzentnern Getreide monatlich nach Deutschland zu.

## Die neue Bahnverbindung Warschau—Kraakau.

Nach der Roblenbahn Kattowitz—Gödingen ist die neue Eisenbahnverbindung Warschau—Kraakau der zweite große Wahnbaud des Pilsudski-Regimes. Es hat bisher zwei Verbindungen zwischen der Pansbacherstadt und Kraakau gegeben. Die eine, die Wien—Warschau Bahn, führt von Warschau über Skienizowiec—Petrikau—Kromo—Kobornitz—Schonhosch—Kromo—Kosowitz nach Kattowitz usw. Kurz vor Dombromb in Zombkowitz, zweigt von dieser Linie die Strecke nach Kraakau ab. Die zweite Eisenbahnverbindung Warschau—Kraakau führte bisher gleich-

falls aus der Zombkowitzer Gegend über Kiszce und Kraakau nach Dombin (Zombrode) an die Warschauer und von dort rechts der Weichsel nach Warschau. Diese letztere Strecke ist jetzt durch den Bau zweier neuer Linien erheblich verkürzt worden. Um den weitaus weitaus Umweg über Zombkowitz zu vermeiden, wurde die von Kraakau aus nach Kraakau führende Strecke nach Mieschom gebaut, die dort in die über Kiszce und Kraakau führende Linie einmündet. Und um den weitaus ständigen Umweg über Dombin zu sparen, wurde eine zweite Strecke von Kraakau nach Warschau gebaut. Die so verkürzte Strecke Warschau—Kraakau ist insgesamt 381 km lang, die bisher kürzeste Verbindung über Schonhosch um beträgt 364 km. Die neuen Strecken sind nur einseitig ausgebaute, jedoch so angelegt, daß später ein zweites Gleis leicht hinzugefügt werden kann. Wenn die Strecke genügend eingehend sein wird, wird sich die Fahrzeit der Schnellzüge Warschau—Kraakau gegenüber dem bisherigen Zustand um eine bis anderthalb Stunden verringern. Für die auf der Strecke gelegenen Städte bedeutet diese neue Schnellzugverbindung nach Kraakau und Warschau eine wesentliche wirtschaftliche Verbesserung. Insbesondere wird das bei Kraakau der Fall sein, einer Stadt von 85 000 Einwohnern mit entwickelter Lederindustrie, sowie beim 3 d n h r b e i t k r i e g e r - O r t o w i e c (Metallindustrie). Warschau erhält eine zweite direkte Verbindung mit den südwestpolnischen Industriegebieten und eine erheblich kürzere Verbindung mit dem Hauptausfuhrgebiet, der Tatra. Die militärische Bedeutung der neuen Bahn steht der wirtschaftlichen kaum nach. Die neue Warschau—Kraakauer Bahn ist die erste durchgehende Linie durch das sog. „Sicherheitsgebiet“ Polens, das heißt durch das Teil Polens, der von etwischen feindlichen Angriffen am wenigsten gefährdet ist.

## Das Reichserbhofgesetz und die Polen.

In der „Gazeta Polska“ vom 30. November befindet sich ein Vorkaus der Berliner Korrespondenz dieses Blattes, Kalimierz Smogorzynski, mit der Anwendung des Reichserbhofgesetzes auf die Polen in Deutschland, einer Frage, mit der sich die polnische Presse im Reich wie in Polen schon seit längerer Zeit eifrig beschäftigt. In etwa 200 Fällen, sagt Smogorzynski, ist in Westpreußen das Gesetz bereits auf deutsche Staatsbürger polnischer Nationalität angewandt worden, außerdem ist bereits am 100. Fälle. Der Bund der Polen in Deutschland habe sich am 15. Mai an den Reichspräsidenten mit einer Denkschrift gewandt, in der er den Standpunkt vertritt, daß das Gesetz sich nicht auf die polnische Minderheit beziehe; diese Minderheit ist weder „deutschen Blutes“ noch sei sie „hammesgleich“. In der Denkschrift werde eine entsprechende Anordnung der Zentralbehörden gefordert; doch liege bis heute eine solche amtliche Zusage nicht vor. Der Polenbund habe ferner am 11. Juni d. J. dem Reichskanzler eine Ergänzung seiner ersten Denkschrift überbracht, in der er die Anwendung des Reichserbhofgesetzes auf die Polen als „Germanisierung“ bezeichnet. Das kommt Smogorzynski auf den einzigen Fall zu sprechen, mit dem die Polen den Versuch der „germanisierenden“ Tendenz des Gesetzes zu begründen pflegen: Der Erbhofrichter in Hohenstein habe einer Frau Wanda Pleus, der Frau eines polnischen Minderheiten gebörenden Landwirtes, ausdrücklich verlangt, daß sie ihr Kind aus der polnischen Schule nehmen und in die deutsche Schule schicken solle; denn „kein Erbhofbauer dürfe polnisch werden“. Dies sinne, bemerkt Smogorzynski, mit der Erklärung des Jahres vom 17. Mai 1933 nicht überein.

Das Vandeserbhofgericht in Celle, heißt es in dem Artikel der „Gazeta Polska“ dann weiter, habe, „ohne die grundsätzliche Regelung der Angelegenheit durch die Reichsregierung abzuwarten“, Verurteilungen von Personen absteht, die der polnischen Minderheit angehören. In der „deutschen Justiz“ vom 7. September sei eine Entscheidung des Celle's Gerichtes veröffentlicht worden, und auf diesen Vorfall hätten sich seitdem die Kreisgerichte bei ihrer ultimativen Ablehnung der Verurteilungen gestützt. Am 5. November d. J. habe das Vandeserbhofgericht in Celle dem Polenbund auf zwei von ihm eingelegte Berufungen geantwortet, daß es keinen Grund sehe, seine Entscheidungen zu revidieren. Smogorzynski meint, daß in dieser Frage eine grundsätzliche Entscheidung der Reichsregierung notwendig sei. Er schließt seinen Artikel mit den Worten: Obwohl das polnische und das deutsche Volk der Rasse nach gleichwertig seien, gebe es zwischen ihnen keine Rassenähnlichkeit. Die Deutschen und die Polen seien nicht hammesgleich, und die Anwendung des Reichserbhofgesetzes auf die polnische Minderheit in Deutschland sei „eine Verletzung einer der grundlegenden Ideen des Rationalismus“. Diese Bemerkungen lassen nicht nur die

ausführliche Begründung, die das Keller Gericht für seine Stellungnahme gegeben hat, völlig unbeachtet, sondern sie wirken auch infolgedessen bald komisch, halb amöblich, als hier ein Gegner des Nationalsozialismus den Nationalsozialisten klar machen will, was Nationalsozialismus ist.

### Der Friedhof in Pleschen.

Der evangelische Friedhof in Pleschen war einer der schönsten in der Provinz Posen. Nach dem Untergang ist er — wie auch mancher andere deutsche Friedhof in den abgetrennten Gebieten — nicht mehr ordnungsgemäß gepflegt worden. Vieles hatten die zur Abwanderung Geringverdienenden die Pflege der Grabstätten ihrer Angehörigen vernachlässigt. Pastor J. Scholz in Pleschen bittet uns um die Vereinfachung folgender Mitteilung, daß der evangelische Friedhof in Pleschen merden bei Grabstellen, die vor dem 31. 12. 1905 belegt sind, kostenfrei, soweit sie nicht von neuem gepflanzt werden. Umrechnungen und Steine werden damit Eigentum der Kirchengemeinde (§ 14 der Kirchvorschrift). Ausgenommen sind die Gräber, die bisher längig gepflegt worden sind. Gräber, die nach dem 31. 12. 1905 angelegt sind, jedoch bisher nicht gepflegt wurden, werden eingeebnet. Anträge auf Reparatur und Pflege der Gräber ist bis zum 15. Januar 1935 an den Gemeindecirkeramt Pleschen (Pleszen) zu stellen.

### Oberschlesien und das Reich.

Am 1. Dezember wurde in Beuthen die Sonnenberger Spielzeugfabrik durch Reichsminister Dr. Frick eröffnet. Der Minister führte u. a. aus: „Um das ober-schlesische Industriegebiet noch näher mit dem Reich zu verbinden und wirtschaftlich zu erschließen, haben wir uns daran gemacht, durch Arbeiten auf lange Sicht die wirtschaftliche Lage Oberschlesiens zu verbessern. Ich denke dabei an den Adolf-Hitler-Kanal, für den 7 Millionen RM, ausgenommen worden sind, an die 2½ Millionen RM für die Oberleitung in Katowice und auch an die großen Mittel für die Erstellung der Staubdecken Turam und andere. In diesem Jahr weiß, daß in Industriegebieten die Befestigung der Arbeitslosigkeit nicht leicht ist; trotzdem ist uns das zu einem hohen Prozentsatz in ober-schlesischen Antriebsgebiet gelungen, und wir werden diese Aufgabe auch weiterhin mit größtem Nachdruck verfolgen.“

Unzweifellos kommen besondere Verhältnisse in Oberschlesien erschwerend hinzu. Hier die Stadt Beuthen, die auf drei Seiten von der neu gezogenen Reichsgrenze umgeben ist und auch heute noch mit dem Gebiet jenseits der Grenze die Beziehungen hat, ist dafür ein besonders einflussreiches Beispiel. Ich hoffe, daß die gegenseitigen Beziehungen, die im Genfer Abkommen, dem ersten gemeinsamen deutsch-polnischen Vertrag, der sich auf Volkstumsfragen bezieht, ihre rechtliche Grundlage erhalten und sich jetzt so entwickeln werden, wie es dem Geist des deutsch-polnischen Freundschaftsabkommens entspricht. Die freie eigene Entwicklung aller derjenigen deutschen Staatsangehörigen, die sich in Oberschlesien wie im ganzen Reich zum polnischen Volkstum bekennen, haben wir entsprechend den Weisungen unseres Führers zu den Volkstumsfragen sichergestellt. Wir hoffen zuversichtlich, daß auf diesem Gebiet gerade in Polnisch-Oberschlesien entsprechende Schritte der anderen Seite folgen werden. Denn genau wie Polen sich für seine Volksgenossen in der ganzen Welt und besonders in benachbarten Deutschland interessiert, werden wir auch niemals aufhören, uns für unsere deutschen Volksgenossen im Nachbarland Polen einzusetzen.

Beide Völker, die so stark aufeinander angewiesen sind, haben heute in der Arbeit für den Wiederaufbau und für die Erfüllung des Friedens starke gemeinsame Interessen. Gerade Oberschlesien mit seinem dichten Industriegebiet wird nur in fröhlicher Arbeit zu neuem Wohlstand aufsteigen können. Die Bevölkerung, die nach ihrem Bekenntnis, ihrer kulturellen Entwicklung und ihrer Siedlungsgebiete zum deutschen Volkstum gehört, wird es mit uns beider Menschennatur auf, das Deutschland und das polnische. Die Aufzucht einer deutschen Industrie in Wohlstand mehr ohne den Zutritt besten deutschen Blutes aus dem Osten nicht möglich gewesen.

Heute denken wir über diese Industrialisierung anders als früher. Heute wissen wir, daß nicht die Industrie an sich, nicht die Wirtschaft an der Spitze des Denkens und Handelns stehen darf, sondern der deutsche Mensch. Heute wissen wir, daß es falsch war, die besten Kräfte aus dem Osten wegzuholen, und darum gilt es heute, wieder Osten aus seiner eigenen Lebenskraft heraus weiter zu entwickeln und ihm darüber hinaus die jahrzehntelange entzogenen Kräfte vom Kerngebiet des Reiches aus wieder zurückzuführen.

### Welcher Bräuder seiner Axt entsehen.

Der Führer hat den Gauleiter von Schlesien, Helmuth Brückner, wegen parteifreudigen Verhaltens seiner Stellung als Gauleiter entbunden und aus der Partei ausgeschlossen. Der preussische Ministerpräsident Göring hat den Oberpräsidenten von Schlesien und preussischen Staatsrat Brückner seiner sämtlichen staatlichen Ämter und Funktionen entbunden.

Der Führer hat den Gauleiter des Gaues Westfalen-Süd, Josef Wagner-Bochum, kommissarisch mit der Führung des Gaues Schlesien der NSDAP betraut. An der Leitung des Gaues Westfalen-Süd wird hierdurch kein Wechsel eintreten. Dr. Josef Wagner wurde am 12. Januar 1935 in die Führerschaft in Wehringen als Sohn eines Strammannes geboren. Nach abgeschlossener Lehrerausbildung wurde er 1917 ins Heer einberufen. Im Frühjahr 1918 kam er schwer verletzt in französische Gefangenenschaft. Nach fünfjährigem Hafturlaub kehrte er im Jahre 1919 nach Deutschland zurück. Bereits 1922 wurde Josef Wagner Vorkämpfer der NSDAP im Ruhrgebiet. Es gelang ihm in dieser Hochburg des Marxismus, gerade den schaffenden deutschen Menschen frühzeitig für die NSDAP zu gewinnen. 1928 wurde Wagner in den Reichstag gewählt. Im gleichen Jahre wurde er zum Führer zum Gauleiter Westfalens ernannt. Die gemäßigten Fortschritte der NSDAP gerade in diesem Gebiet führten zu einer Colloquie des Gauleiters. Seitdem ist Josef Wagner Führer von Westfalen-Süd.

### Personalveränderungen in Danzig.

Der bisherige Adjutant des Danziger Gauleiters, Obersturmführer Dr. Straußmann, ist in den Einsatzdienst übernommen worden und hat dort die Personalabteilung zu leiten. Reg.-Rat Dr. Krüger, der in der Personalabteilung des Senats arbeitet, ist mit sofortiger Wirkung beurlaubt worden. Der Gauleiter hat mit Wirkung vom 3. Dezember den ehemaligen Präsesreferenten des Senats, Streiter, aus der NSDAP ausgeschlossen. Streiter wurde verhaftet.

### Madonen 85 Jahre.

Am 6. Dezember wurde Generalleutnant Graf v. Madonen 85 Jahre alt. 1869 war Madonen als Einjähriger in das 2. Leibhusaren-Regiment eingetretet. Im Juli 1870 rückte er gegen Frankreich ins Feld. Durch hervorragende Dattourenritte lenkte er als Bismarckmeister die Aufmerksamkeit seines Divisionskommandeurs, des Prinzen Albrecht, auf sich. 1891 wurde Madonen Adjutant des Grafen Schlieffen, Chefs des Generalstabes. An dieser Stellung trat er auch dem jugendlichen Kaiser nach. 1893 wurde er Kommandeur des 1. Leibhusaren-Regiments in Danzig, 1895 Flügeladjutant des Kaisers. Dann folgte die Ernennung zum Kommandeur der Westfalens-Brigade und 1905 zum Kommandeur der 36. Division in Danzig. 1908 wurde er General der Kavallerie und Kommandierender General des XVII. Armeekorps. 1914 rückte Madonen an der Spitze seines Korps im Verbände der 8. Armee in den Weltkrieg. In den Schlachten bei Gumbinnen und bei Tannenberg, in der Winterfchlacht in Majun und beim Durchbruch bei Prasnyj schlug sich Madonen mit seinen Truppen hervorragend. Seinen Ruf als einer der hervorragendsten Feldherren des großen Krieges aber hat er sich in Salzien, im südlichen Polen und in den Balkanländern erworben. Auf der österreichischen Front von den Karpatenpässen bis zur Bukowina lag der Rufe mit angeordnetem Druck. Madonen sollte das Stellungslinien durchbrechen und sollte den Stach zwischen Cornow und Gorlice an. Am 2. Mai 1915 wurden die russischen Befestigungen überannt und die feindliche Front in 16 Kilometer Breite gespalten. Am 6. Mai folgten die siegreichen Truppen Madonens in 160 Kilometer Breite den weichenen Rufen, bis sie die Höhe von Drest-Vionok erreicht hatten. Das war der größte Durchbruch des Weltkrieges — Im Oktober 1915 zog Madonen nach Serbien, überschritt mit deutschen und österreichischen Truppen die Drina, Save und Donau, warf die Serben südwärts und schlug sie auf dem bifurkanten Marsche. Anfang 1916 war Madonen's weitere Siegeszug beendet. — Als im Herbst 1916 die Rumänen in Siebenbürgen einfielen, nahm Madonen die Befestigungen von Entkron und warf die rumänisch-russische Armee durch die Oberräde bis zu den Donauumflüssen zurück. Dann ruffte er seine Truppen bei Sifon zumachen, überschritt mit seiner „Donau-Armee“ überraschend den Fluß, gewann rechtzeitig Anstich an die durch die Walachei vorgobende 9. Armees Falkenhagens und stand bald als Sieger in Bukarest. — Beim Zusammenbruch im Herbst 1918 behütete er zwar seine Truppen vor der Internierung, wurde aber selbst von der revolutionären Regierung Ungarns festgenommen und französischer Willkür überliefert, die ihn bis November 1919 in Saloniki festhielt.

### Sausündungen in Kauen.

Die litauische Geheimpolizei hat in der Nacht zum 4. Dezember in Kauen bei acht Deutschen, die dem Vorstand des Deutschen Kulturvereins in Kauen angehören, Sausündungen vorgenommen. Die Sausündungen dauerten bei den einzelnen Personen bis zu fünf Stunden. Durchgeführt wurden u. a. die Privatwohnungen der stellvertretenden Vorsitzenden des Kulturverbandes sowie der beiden Geschäftsführer. Die Geschäftsräume des Verbandes wurden von der Durchsuchung verschont.

### Die schönsten Mädchen.

Der Amerikaner Dr. Frederic A. Jaff, „ein begabter Spezialist für Dermatologie“, hat gesagt, „daß unter den Mädchen aller Völker der Welt die litauischen Mädchen die schönsten sind“. Mit dieser erfreulichen Feststellung wußten am 20. November der klerikale „Litua“ seine Leser zu überraschen. Es mag für die Öffentlichkeit rituas immerhin eine tröstliche Gewißheit sein, schöne Mädchen im Lande zu haben, eine Gewißheit, die bei osteilich verselben läßt, daß die Männer im Lande minderwertige Politiker sind.

# Nordöstliche Streiflichter.

## Die Schwedische Abkammung.

Es scheint mit dem Stolz auf die ethnische Abkammung doch nicht so weit her zu sein, wie man in den amtlichen Kreisen Norwals anzugeben beliebt. Es ist eine trotz allem nationalen Chauvinismus noch recht weit verbreitete Erscheinung, daß die Eltern sich um den Namen ihres Mannes bemühen, und da man heute in Island bei der hohen Oberricht nicht gut angefragt ist, wenn man es mit den Deutschen hält, muß man sich eben, um etwas Besseres zu sein, anderswo einen geeigneten und dabei politisch ungefährlichen Stammort auszuwählen. So kommt es, daß — wie in Polen jeder gern mit seiner obligen Verkommenheit renommieren — in Island heute die Schwedische Abkammung C r u m p f i t. Das Norweger Blatt „Post-Tidende“ gliedert diese für das Element nicht eben rühmliche Erscheinung in einem halb ironischen, halb ärgerlichen Artikel; es schreibt darin u. a.: „Wenn man einen Gelehrten fragt, von wem das ethnische Volk abkamm, so antwortet er: vom finnisch-ugrischen Urvolk.“ Wenn man aus dieser finnisch-ugrischen Zeit, sondern aus der Schwedenzeit zu kommen. Diese Schwedische Abkammung wird ungefähr so dargestellt: Als einmal zur Schwedenzeit unter Land öde und verlassen war, so daß man zwischen Varna und Pusthor weder das Wellen eines Hundes, das Krähen eines Hahnes noch das Bliken eines Schafes hören konnte, damals sei hierher in das öde Land ein Schwedischer Solbat gekommen. Er nahm sich hier ein Weib, wie kein sich ein Weib im Lande Nord nahm. Von der Nachkommenschaft dieses Schweden ist jetzt wenigstens das grösste Elit. Und wenn es auch Schweden für sein Schwedische Abkammung haben will, der Forschungs-Institution eine bestimmte Summe zahlen, worauf sie ihm Dokumente über die Schwedische Abkammung besorgt. Je mehr jemand zahlen kann, um so reiner wird seine Schwedische Abkammung, von einem um so wertvolleren Schwedischen Stamm kann er sich ableiten.“

## Eine baltische Silminindustrie.

Ein gewisser Juozas Sakocovas, von dem der „Lituanos Aidai“ meint, daß er nicht nur ein garantierter Citauer sei, sondern auch in der deutschen Silminindustrie „eine bedeutende Rolle“ gespielt habe, hat sich in diesem Blatt mit der Möglichkeit einer eigenen Silminindustrie in den baltischen Ländern befaßt. Für Litauen allein, das nur 75 Kinos mit zusammen 25 000 Wägen besitze, komme eine eigene Silminindustrie allerdings nicht in Frage. Doch wäre es durchaus möglich, litauische Silme zu drehen und später andere Sprachen, die ethnische und die lettische, hineinzukopieren, so daß die Silme in allen drei baltischen Staaten gezeigt werden könnten. „Es kann also alles Ernstes“, meint Sakocovas, „an die Schaffung eines Silminateliers in einer baltischen Stadt, die dafür die günstigsten Bedingungen aufweist, herangegangen werden.“ Litauische und ethnische Spielfilme gibt es bisher noch nicht. Der erste lettische Spielfilm „Der Sohn des Volkes“ wurde kürzlich mit großem Pomp uraufgeführt. Allerdings hat man zu seiner Herstellung schwedische Silminateliers in Anspruch nehmen müssen. Das fremdsprachige Silme mit hineinkopierten Texten nur ein schlechter Abschluß sind, das wird Sakocovas, nachdem er, wohl selbst teilgehabt haben. Ohne beträchtliche Ausgaben zu beschaffen, wird eine Silminindustrie kaum auskommen können, selbst wenn sie für die drei baltischen Staaten mit ihren zusammen 5—6 Millionen Einwohnern zu gleicher Zeit arbeiten würde. Und wenn Sakocovas meint, die 4 1/2 Mill. Lit, die die drei Staaten jährlich für Silme aus Ausland geben, würden bei der Errichtung eines eigenen Silminateliers im Lande bleiben, dann hat er wohl auch übersehen, daß man mit zwei oder auch vier oder gar zehn Silmen kein Jahresprogramm ausfüllen kann und daß selbst Länder mit einer stark ausgebildeten und vielfältigen Silminproduktion die Einfuhr ausländischer Silme nicht entbehren können. Der Wunsch der lituanischen Silminindustrie zu besitzen, ist verständlich. Aber ein Geschäft ist eine solche Unternehmung für diese Länder sicherlich nicht — sonst hätten sich die Juden schon längst darum gekümmert.

## Jgnas Schein — ein Stern am litauischen Literaturhimmel.

Der Jgnas Schein, der sich Jgnas Seniusus schreibt, seitdem er Citauer geworden ist, hat einen „Roman“ geschrieben: „Siegfried Immerderselbe verjüngt sich“. Das offizielle litauische Regierungsblatt bringt eine ausführliche Vorrede dieses jüdischen Weltbestandes. Der „Lituanos Aidai“ ist davon reflexlos begeistert. Das ist kein Lob für Jgnas Schein, der heute Seniusus

heißt, sondern ein geistiges Armetzeugnis für dieses „führende“ Blatt. Es ist wohl am besten, die Angaben über den Inhalt des Romans, die das Regierungsorgan macht, für sich selbst sprechen zu lassen. Ein weiterer Kommentar über das Niveau der litauischen Literatur erübrigt sich dann:

„Es ist eine Synthese aus der Theorie des Woronow und der der Anhänger der Raffinierthe der letzten Jahre. Siegfried Immerderselbe ist ein nationalsozialistischer Denker, ein Vertreter der Raffinierthe, der Direktor eines anthropologischen Museums. Er stellt den reinen arischen Kollapsus fest, er ist der Schöpfer des Lapus eines deutsch-arischen Urvormenschen. Er war während des Weltkrieges ein Hauptmann. Immerderselbe ist ein Denker, ein Philosoph, ein Militär, ein Vertreter der Bodenpolitik, ein unantastbarer Verkünder der Raffinierthe des Dritten Reiches. Er war ganz von der Raffinierthe der Anthropologie und der Mulemarrarbeit gefangen, so daß er sich überarbeitete. Seine Kräfte verfliegen, er wird schwach, und sein Gedächtnis wird schlecht. Er vergißt sogar, wie der deutsche Führer heißt. Das ist Gehirn- und Gedächtnisatrophie. Daran leidet Immerderselbe. Ein hartes Verußland braucht starke Männer, so sinniert Immerderselbe. Deshalb beschließt er, sich verjüngen zu lassen. Er bekommt Urlaub und geht nach Italien, nach Gerdone, in Professore Gonzagos Verjüngungsanstalt. Immerderselbe ist, nach dem neuen Verfahren des Petrus Anketonius, ein litauischer Assistent, verjüngt. Ihm werden die Hormone einer Jüdin, der Jüdischen Alphon, eingespritzt, und Immerderselbe wird nach seiner Verjüngung zum Juden. Er denkt wie ein Jude und benimmt sich wie ein Jude. Er findet Gefallen daran, Geld zu sparen, er kümmert sich um Bankangelegenheiten, er fühlt in sich den Geist des Messianismus, er wird neu an Leib und Seele, wird ein echter Jude. Er liebt auch den Militarismus nicht mehr, die alte nationalsozialistische Boden-ideologie scheidet ihm ab. Es entsteht bei ihm eine neue überweltliche Ideologie, die auf Humanität begründet ist. Nach seiner Meinung findet sich neben der aufbauenden Kraft immer auch eine niederbringende. Eine niederbringende Kraft ist der Rationalismus. Er ist das Werk Mephistos, gegen das jeder Mensch zu kämpfen hat. Immerderselbe schreibt ein neues Buch: „Die Grundlagen einer neuen Menschheit“. Er geht in seiner neuen Ideologie, die ihm einen Namen von Waltur als Schöpfer eines neuen Sunamentes für die Menschheit eintragen soll, von der Idee des Menschentums aus. Zur Deutschen die Symmet, um das Bürgerrecht und verbietet ihm die Rückkehr in Messianismus.“ Der Rezensent meint zum Schluß, der Schein, der sich Seniusus nennt, habe die „eine gleichwürdige Seele“; erst den Germanen an Leib und Seele, der sogar germanisch sprachte, dann den volksbürtigen Juden, der sogar jüdisch träumt.“ Armes Citauen!

## Die Zusammenarbeit der Randstaaten.

Vom 30. November bis zum 2. Dezember tagte in Norval zum ersten Mal auf Grund des Rigoer Dekretes die Außenministerkonferenz der baltischen Staaten. An der amtlichen Mitteilung hierüber heißt es:

„Nach einer Erörterung der allgemeinen politischen Situation erkannte die Konferenz einmütig an, daß gewisse Elemente und Tendenzen dieser Tage die befürchtete Anstößigkeit der Regierungen der drei Staaten erfordern und daß die Sicherung des Friedens unermüdlich in übereinstimmender Weise, im Zusammenhang mit den anderen Staaten, fortgesetzt werden müsse. Das gleiche gilt von der Arbeit an der Verstärkung der Sicherheit in dem Teil Europas, zu dem die Mitglieder der Baltischen Entente gehören.“

Die Konferenz beschloß noch zu neuem, die Treue der baltischen Staaten zum Völkerbundpakt zu bezeugen und in noch intensiverer Weise an der ganzen Tätigkeit dieses Friedensinstituts teilzunehmen. Die drei Staaten bestätigen von neuem ihr wohlwollendes Verhalten gegenüber dem Vaktprojekt zur gegenseitigen Hilfeleistung im Osten. Man kann auch sagen, das Projekt als gemeinsame Frage zu betrachten und sein in solcher Weise für alle drei Staaten wichtig und in der sie in übereinstimmung handeln werden.

Auf dem Gebiete der baltischen Politik beschloß die Konferenz, energisch die Konföderation der drei Bindungen fortzuführen, die zwischen den drei Staaten mit dem Entente- und Zusammenarbeitsverträge geschlossen wurden, wofür am 12. September 1934 unterzeichnet wurde. So kam man überein, eine gemeinsame Vertretung der drei Staaten in den Organen des Völkerbundes und auf den internationalen Konferenzen zu organisieren, auf der nächsten Konferenz ein Vertragsprojekt über die freundschaftliche Beistandung auszuarbeiten, welche zwischen ihnen entstehen können, und am gleichen Tage die entsprechenden diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Auslande im Hinblick darauf anzunehmen, daß ihre Tätigkeit in übereinstimmung zu bringen sei. Die nächste Außenministerkonferenz findet im Rahmen im April oder Mai des Jahres 1935 statt.“

## Szczeponik gegen Pant.

Die Erregung der Deutschen in Polen, die sich von der Feindschaft des Senators Dr. Pant gegen das neue Deutschland angedeutet fühlen, hat an Dr. Pant bis zu je fertig gebracht, sich in seinem Wut, das sich unüberhörbar erhob. Der Deutsche in Polen" nennt den 1927 verstorbenen Führer der katholischen Deutschen Ostoberschlesiens, Schulrat Thomas Szczeponik, als seinen geliebten Kronzeugen zu nennen und zu behaupten, daß dieser sich heute, wenn er noch lebte, mit besterben Schärfe wie er, Dr. Pant, gegen den Nationalsozialismus aussprechen würde. Wegen dieser gemeinen Mißbrauch des Namens eines verdienten deutschen Mannes, der seine katholische Weltanschauung niemals höher als seine Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum bewertete hat, haben jetzt in „Oberösterreichs Kurier“ die Söhne des Verstorbenen, Dr. m. d. h. Hans und Walter Szczeponik, in ihren Worten Eingang gefunden. In dem ersten dieser Artikel eine scharfe und mobilisierende Abfuhr hier. Es heißt darin u. a.:

„Wir können Sie, Herr Doktor, angesichts der Tatsache, daß die politischen Verhältnisse in Deutschland gegenüber denen des Jahres 1927 — seines Lebensjahres — eine so grundlegende Veränderung erfahren haben, unserem Vater eine Ansicht unterstellen und ein Urteil in dem Land legen, aus dem man eine völlige Übereinstimmung mit Ihren eigenen Ansichten schließen müßte? Sie behaupten, ganz in seinem Geiste und in völliger Übereinstimmung mit ihm sein Werk fortzuführen! Die Tatsachen geben Ihnen aber nicht recht, Herr Dr. Pant! Mühen wir Sie erst noch daran erinnern, daß bereits vor acht Jahren jenseits der Rhodan und in dem Vaterland ein nationaler christlicher Meinungsverschiedenheitsfall bestanden haben, die sogar so weit gingen, daß unser Vater allen Ernstes von seinem Amte zurücktreten wollte, um Ihrem Antagonismus gegen ihn ein Ende zu machen? Wenn Sie, Herr Doktor, von seinem Geiste so durchdrungen wären, wie Sie es behaupten, dann müßten Sie sich nicht nur als den Hüter der katholischen Belange bezeichnen, sondern auch als den Hort des nationalen Deutschtums; denn Sie vergessen, daß unser Vater ein ebenso guter Deutscher wie Katholik gewesen ist! ... Glauben Sie wirklich, daß unser solchen Manne die nationale Erneuerung Deutschlands so wunderbar gewesen wäre? Glauben Sie wirklich, daß ein solcher Mann sich von seinem Vaterlande und seinem Volke losgelöst hätte, selbst wenn er Grund gehabt haben sollte, seinen Katholizismus gegen neuere Strömungen auf religiösem Gebiete — wie Sie in Zeiten der Umwälzung immer in Erscheinung treten — zu verteidigen? Glauben Sie wirklich, daß er aus diesem Grunde sein deutsches Volk, zu dem er sich mit Stolz zählte, mit Schmutz bemordet hätte, so wie Sie es tun? Glauben Sie wirklich, daß er

deshalb mit Haß und Wut sein deutsches Vaterland verunglimpfte hätte, so wie Sie es tun? Denn das hätte er doch tun müssen, wenn Sie behaupten, ganz in seinem Geiste zu handeln. Nein, Herr Doktor. Sie sitzen mit einer solchen Behauptung nur, daß Sie nicht genug von seinem Geiste herab haben! Was ihm die Ehre Deutschlands galt, hat er damals in den schwersten Zeiten des deutschen Volkes — nach dem verlorenen großen Kriege — gezeigt, als er in der Nationalversammlung trotz gegenteiliger Einstellung der damaligen Zentrumspartei in voller Erkenntnis der Folgen seines Handelns gegen die Annahme des Friedensvertrages stimmte. Glauben Sie, Herr Doktor, daß ein solcher Mensch läbig gewesen wäre, Verrat an seinem Volke zu üben? Glauben Sie, daß ein solcher Mensch das ganze Deutschland, sein Vaterland, so geschmäht hätte, so wie Sie es tun? Schmähen Sie das ganze Vaterland über die katholischen Deutschen, der — bei völliger Wahrung seines katholischen Bekenntnisses — nicht jederzeit bereit wäre, auch zu seinem Volke zu halten!

Welchen Datums ist denn eigentlich Ihre Erkenntnis von der völligen Übereinstimmung mit unserem Vater in allen Dingen? Hielten Sie jetzt erst die Zeit für gekommen, sich seiner zu erinnern, wo Sie seinen Namen brauchen, um mit ihm eigene Propaganda für sich selbst zu machen? Das ist bezweifellos irreführend, Herr Doktor! Mühen wir es Ihnen erst ins Gedächtnis zurückrufen, daß Sie schon zu Beginn seines Vaters nach dem Tode dessen, den Sie als Vorgesetzten betrachteten, um sich selbst an seine Stelle zu setzen und alle Macht in Ihren Händen zu vereinigen? Mühen wir Sie erst an seine Worte erinnern, die er Ihnen, da er Ihr Spiel durchschaute, zurief: „Pant, was hast du gegen mich, wenn du willst, daß ich zurücktreten soll, dann tue ich es!“ Waren es nicht schon damals Ihre Selbstüberheblichkeit und Machtgier, denen Sie jetzt mit aller Gewalt zum Siege verhelfen wollen? ... Haben Sie es jemals erlebt, Herr Dr. Pant, daß unser Vater gegen seine politischen Gegner dieselben Kampfmittel oder auch nur ähnliche anwandte, wie Sie es zu tun belien und auch nur minderen bilden? Haben Sie das auch noch jemals gelernt, politische Gegner nach dem bekantesten Spruch „Der Zweck heiligt die Mittel“ durch ihre übertriebene Bemühungen in der Öffentlichkeit herabzusetzen? Sie bringen das persönliche Ansehen unseres Vaters in Mißacht! Wir verbiten es uns daher für die Zukunft, Herr Doktor, das Ansehen unseres Vaters und unseren Namen zu Eigenfüttern zu mißbrauchen, und geben Ihnen den Rat, auch weiterhin ohne ihn auszukommen, wie Sie das ja von jeher erstritten!“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

## Poltsische Wissenschaft in Polen.

Vor kurzem fand eine außerordentliche Generalversammlung des Baltischen Instituts in Thorn statt, über die dort gefassten Beschlüsse sind nicht ganz durchsichtig, aber die dort ausgesprochenen Notizen in der polnischen Presse erforschen. Die „Gazeta Polska“ hat in ihrem Bericht besonders hervor, daß in das Kuratorium des Baltischen Instituts der Wojewode von Pommern als Vertreter der Regierung eingetreten ist. „Auf diese Weise“, hieß es weiter, „wurde die Tätigkeit des wissenschaftlichen Instituts mit den Staatsbehörden enger verknüpft, deren Aufgabe es ist, über die Arbeit des Instituts zu wachen“. Man scheint aber auf polnischer Seite sehr bald auf den Gedanken gekommen zu sein, daß es vielleicht doch nicht unbedeutend ist, die enge Verbindung des Instituts mit der Regierung allzu deutlich nach außen hin zu zeigen, da es die Richtung des Instituts, wenn es seine aggressive und gar oft meine wissenschaftliche Tendenz nicht gründlich ändern sollte, eine erhebliche Verletzung der direkt dafür verantwortlichen Regierung darstellen würde. Wohl aus diesem Grunde wurde in der „Gazeta Polska“ eine weitere Notiz veröffentlicht, durch die die Herabsetzung der Verbindung zwischen Regierung und Institut wieder etwas abgeschwächt werden sollte. In der „Richtstellung“ heißt es: In der von der „Gazeta Polska“ zunächst gebrauchten Notiz sei der Inhalt der Satzung des Instituts falsch ausgelegt worden. Die Dinge liegen so, daß der Wojewode von Pommern bei der Gründung des Instituts zum Kuratorium gehörte und daß in dieser Hinsicht das neue beschlossene Statut keinerlei tatsächliche Änderungen enthält, am allerwenigsten in der Richtung einer enger Verbindung der Tätigkeit des Instituts mit den Staatsbehörden“. Ganz im Gegenteil werde in einer Reihe von neuen Paragraphen die völlige Autonomie der wissenschaftlichen Kommissionen gewährleistet.

\*

Im vorigen Jahre hat das Baltische Institut in Thorn ein Gegenstück im schlesischen Institut in Katowice erhalten. Im polnischen wissenschaftlichen Leben Ostoberschlesiens, das ganz auf eine polnische Note abgestellt ist, ist die neue Institut eine bedeutende Rolle zu spielen berufen. Die Anregung zu seiner Gründung ging vom Wojewoden Groyzanski aus, dessen „sanfter Gewalt“ es un schwer gelungen ist, dem Institut seine wirtschaftliche Grundlage zu sichern. Die Gelbgeber sind in einem Verein zusammengeschlossen, dem 65 ordentliche und 41 fördernde Mitglieder angehören; von den letzteren sind 9 Selbstverwaltungskörperchaften,

4 Berufsverbände, 6 Wirtschaftsinstitute, 22 Handels- und Industrie-gesellschaften. Unter diesen Mitgliedern wird das Institut auch durch die Schließung des schlesischen Handelslandes an unterstützt. Dieser hat im laufenden Jahre 24 000 Taler zur Verfügung gestellt. Das Institut wird von einem Vorstand unter dem Vorbehalt des ehemaligen Handelsministers und jetzigen Generaldirektors der Stickstoffwerke in Moscie, Kwiatkowski, geleitet. Die Aufsicht über das Institut führt ein Kuratorium, das aus dem Katowitzer Wojewoden Groyzanski, dem Seimarschall Wolny und dem Generalsekretär der Krakauer Akademie der Wissenschaften, Prof. Stanislaw Kutrzeba besteht. Der Geschäftsführer des Instituts ist Herr Reinhold Putman, der vorher in gleicher Eigenschaft am Baltischen Institut in Thorn tätig war.

Einige Bemerkungen über das Arbeitsprogramm des Instituts. Ihm obliegt die Organisation der wissenschaftlichen Arbeit über schlesische Fragen, die Werbung, Vertiefung und Verbreitung des Interesses für schlesische Fragen im Inlande wie auch die Verbreitung von Kenntnissen darüber im Auslande. Die Zusammenarbeit mit anderen ähnlichen Einrichtungen, wie dem Baltischen Institut in Thorn, dem Institut zur Erforschung der Nationalitätenfragen in Warschau, dem Weltverband (früheren Weltmarkenverein) und anderen ist vorgesehen. Eine Reihe von Veröffentlichungen ist bereits in Vorbereitung. Als solche werden genannt: Untersuchungen über die polnische Forschung über Schlesien; das Gesetz, Abkommen und seine Durchführung; die Erwerbungen des polnischen Staates in Schlesien, Monographie über das „Oppelner Schlesien“; die landwirtschaftlichen Verhältnisse Schlesiens; Monographie über die schlesische Wirtschaft; demographische Probleme Schlesiens; Geschichte der nationalen Bewegung in Schlesien; Lebensläufe von Schlesiern; Bibliothek schlesischer Schriftsteller. Weiter sollen demnächst erscheinen statistische Materialien über Schlesien und eine Karte der Wojewodschaft Schlesiens. Für die Bearbeitung der Rechtsverhältnisse in der Wojewodschaft Schlesien ist eine Kommission eingesetzt worden. Zu den sonstigen Aufgaben des schlesischen Instituts gehört die Organisation wissenschaftlicher Vorträge und Rundfunkdarbietungen über schlesische Angelegenheiten. Auch mit ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen soll Verbindung genommen werden. Neben den größeren wissenschaftlichen Veröffentlichungen versteht das Institut kürzere Aufsätze an die „Presse“. Von diesen sind im Laufe des Jahres eine Anzahl



herausgegeben und in den polnischen Zeitungen sowie auch in den in Deutschland erscheinenden Blättern der polnischen Minderheit veröffentlicht worden. Sie haben zum Teil einen stark polemischen Einschlag. Das gilt u. a. besonders von einem Aufsatz des polnischen Vorgehichtsforschers Sołtyski, der sich gegen Veröffentlichungen deutscher Zeitungen über die Ausgrabungen bei Kattowice wandte. Gerade von diesem Verfasser ist bekannt, daß er es liebt, die Ergebnisse der Vorgehichtsforschung zugunsten polnischer Interessen in einer Weise auszubilden, die den Erkenntnissen der maßgebenden wissenschaftlichen Welt nicht entspricht. Die von dem Institut begonnene Arbeit verdient auch auf deutscher Seite lebhafteste Beachtung.

Auf der Jahrestagung der Warschauer Wissenschaftlichen Gesellschaft, die am 25. November stattfand, beklagte sich der Präsident der Gesellschaft, Prof. Wladislaw Sierpinka, lebhaft über die starke Beschränkung der staatlichen Forschungsbefehle. Die materielle Lage der Deute, die in Polen die Wissenschaft pflegen, ist niemals bedeutendwert gewesen, sie habe sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. So für einigen Wochen ein Ereignis eingetreten, das die größte Sorge bei denjenigen betreffen müßte, das die Zukunft der polnischen Wissenschaft dächt. Im Staatshaushalt für das kommende Jahr seien die Unterhaltungen für wissenschaftliche Ausgaben sowie für die wissenschaftlichen Institutionen im Vergleich mit dem vorjährigen Budget

um 40 Prozent herabgesetzt. „Das bedeutet“, sagte Prof. Sierpinka, „daß mir gemungen sind, zwei Sünftel unserer sowieso nicht zahlreichen wissenschaftlichen Ausgaben einzusparen, zwei Sünftel der wissenschaftlichen Sachmengenliste und Arbeitskräfte zu verlieren. Das zu tun, ist natürlich leicht, aber sie wieder in Gang zu bringen — selbst bei erhöhten Mitteln — wird sehr schwer sein. Das Eingehen der wissenschaftlichen Zeitschriften macht es unseren Gelehrten unmöglich, die Ergebnisse ihrer Forschungen zu veröffentlichen; es hält den Austausch der wissenschaftlichen Veröffentlichungen mit dem Auslande auf, und wenn man bedenkt, daß Reisen von Gelehrten in andere Länder sehr viel schwieriger sind als die Reisen von Boxern und Fußballspielern, so stellen wir fest, daß der polnischen Wissenschaft das Abreißen der Verbindung mit dem Auslande droht. Es handelt sich hier also um unser internationales Prestige...“

Am 25. November wurde in Warschau das „Studienjahr für die auslandspolnischen Studenten“ feierlich eröffnet. Das Studienjahr wird vom Weltbundes der Auslands-Polen durchgeführt. Jedem auslandspolnischen Studierenden wird es ermöglicht, einen Teil seiner Studienzeit an einer Hochschule oder Universität in Polen zu verbringen. Mit polnischen Studenten aus Deutschland, Litauen, Lettland, der Tschechoslowakei, Rumänien, Frankreich und den Vereinigten Staaten ist in diesem Semester der Anfang gemacht worden.

## Polnische Kritik an Danzig.

Die polnische Oppositionspresse kann es nicht unterlassen, ihre von unerschütterlichem Mißtrauen und grundsätzlicher Ablehnung zeugenden Kommentare an den Rücktritt des Senatspräsidenten Dr. Kaufnang zu knüpfen. Der „Kurjer Warszawski“ stellt Danzig fest, von dem man beim besten Willen nicht weiß, was an ihm sein Aufsteigen sein soll. So kommt es ihm j. B. verdächtig vor, daß der Gauleiter Sorcher Einfluß auf die Danziger Regierung besitzt. Das ist doch ganz in der Ordnung: An jedem Staate macht die maßgebende Partei auf die Regierung ihren Einfluß geltend. Oder kann Herr Stroński, dem das bedenklich erscheint, etwa ein Beispiel anführen, wo die maßgebende Partei auf diese Einflüsse zugunsten irgendeiner Oppositionsgruppe freiwillig verzichtet? Diese Einflüsse, führt der philippische Rationaldemokrat Sienkiewicz, hätten sich bei den Gemeinderat- und Kreisräten am 18. November, bei einer so-wogegenwärtigen Sitzung des RSDAP, geltend machen können. Das Ergebnis dieser Wahlen bedeute, daß das Gebiet der Freien Stadt „ein Vorposten des Dritten Reiches“ geworden sei. Es ist nicht ganz klar, was Stroński damit gesagt haben will. Offenbar wäre es ihm lieber, wenn Danzig ein polnischer Vorposten wäre. Einer solchen Möglichkeit steht nun allerdings die nicht abzulauende Tatsache entgegen, daß Danzig eine rein deutsche Stadt, und zwar nicht erst seit dem 18. November, sondern seit Jahrhunderten ist. Der letzte Wechsel auf dem Senatspräsidentenposten, meint Stroński, ist das Werk Albert Sorchers, das von Berlin befohlen worden sei. Sorcher habe in Danzig die Macht in den Händen. Die sich nach dem Befehlen Berlins richtende Regierung in Danzig entspreche nicht den Artikeln 100—104 des Versailles Diktates, die ein Zusammenleben der Freien Stadt mit Polen unter der Führung des Vorkommenden vorsehen. Nun: das Danzig-polnische Verhältnis ist auf Grund dieser Artikel in einer Reihe von Abkommen geregelt. Diese Abkommen werden von Danzig in lokaler Weise geachtet. Und der neue Senatspräsident Greifer hat in seiner Regierungserklärung mit aller Bestimmtheit die Befähigung zur unveränderten Gültigkeit der Danzig mit Polen auf Grund der Verträge bekundet. Er hat noch einwichtig mit Danzig die Haltung der neuen Rationalsozialismus getragenen Danziger Regierung noch eine weitere Verwirklichung und Besserung der wechselseitigen Beziehungen anzustreben und auszubauen bemüht sein wird.

Dem „Kurjer Warszawski“ genügen diese doch ganz eindeutigen Erklärungen nicht. Greifer bleibt ihm vorläufig verdächtig, was ihm übrigens vorher auch Dr. Kaufnang verdächtig erschien, obwohl er ihm jetzt eine stille Träne nachmeint: Die schwachen Reste des selbständigen Danzig, so klagt er, seien mit Dr. Kaufnang verschwunden. Der neue Präsident stellt sich der Bevölkerung in einer anderen Rolle vor: „Wir bleiben nicht zurück“, habe Greifer gesagt, „sondern geben vorwärts und bringen den Helm fester“. Das will die Bevölkerung wohl verstehen, aber gar nicht gefallen: „Sind den Chef der Verwaltung einer Stadt, in der wir etwas zu sagen haben, ist das recht kräftig und recht deutlich“. Ja, wenn Greifer gehabt hätte, daß der Warschauer „Kurjer“ die Helme nicht leiden kann, dann hätte er vielleicht von Gyllenbergs gelprochen.

Die „Gazeta Handlowa“ beschäftigt sich mit den Folgen der Danzig-polnischen Wirtschaftsverträge für die polnische Landwirtschaft. Das polnische Blatt gibt zu, daß der Grund, der Danzig zum Abschluß der Verträge veranlaßt habe, nämlich die Regulierung des Danziger Marktes, von wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus durchaus zu billigen sei. Dagegen sei die polnische

Haltung in dieser Frage zu kritisieren. Denn durch die getroffene Regelung werde infolge Fehlens eines planmäßigen Warenverkehrs in Polen von einer ähnlichen Regulierung des polnischen Marktes nur in Danzig mittels des polnischen Landwirts, sondern nur dem polnischen Lieferanten der Preis für die nach Danzig ausgeführten Produkte sichergestellt. Während aus der Danziger Marktregulierung jeder Danziger Landwirt Nutzen ziehe, lie in Polen nur eine kleine Gruppe von Landwirten, deren Vermittler für sie die Waren aus Danzig erhalte, imnde die Verträge für sich zu verenden. Dadurch würde auf dem polnischen Markt eine zweiseitige Preisgestaltung für ein und dasselbe Produkt hervorgerufen, einmal für das Produkt, das für Danzig bestimmt ist, zum anderen für das Produkt, das für die innerpolnischen Märkte bestimmt ist. Diese Situation könnte nicht als wirtschaftlich gerechtfertigt und richtig angesehen werden. Hier müßte die Kritik der Verträge mit Danzig einsetzen.

Auf die Danziger Kontingente bezüglich der Produkte der Landwirtschaft, der Fischerei und des Gartenwesens eingehend, erklärt der Verfasser des Artikels, daß durch die Kontingente eine Kartellisierung des Danziger Warenverkehrs eingetreten lie, die sich auf die polnische Wirtschaft stark ausgemirkt habe. Die Praxis habe gezeigt, daß die Kontingente für fast jedes landwirtschaftliche Produkt zu klein waren. (?) Und hier lie müßte die Kritik zulässig, die jugunskisten Polens ausfallen müßte, da faktisch nachzuweisen lie, daß Danzig mehr landwirtschaftliche Produkte brauche als in den Kontingenten festgelegt worden lie. Eine schnelle Korrektur des Wirtschaftsvertrages vom 6. August 1934 lie erforderlich, da der Vertrag für das polnische Wirtschaftsleben ungünstig lie. (?) In dem Artikel wird dann noch den polnischen Stellen der Vorkauf gemacht, daß der Gedanke einer planmäßigen Zuteilung des Danziger Marktes durch Polen klar vernehmlichst worden lie und zum Schluß gefordert, daß erstens der Vertrag vom 6. August 1934 schnellstens revidiert werden müßte, zweitens, daß die Minimalkontingente den tatsächlichen wirtschaftlichen Bedürfnissen Danjigs und Polens (vielleicht Polens) angepaßt werden sollten, drittens, daß die Organisation des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten nationalisiert werden müßte und viertens, daß die Form des Warenverkehrs liberaler gehandhabt und der Waren-austausch selbst in die Hände der interessierten Wirtschaftskreise gelegt werden sollte.

Senator Huth, der bei der Umbildung der Danziger Regierung die bisher von Dr. Kaufnang geleitete Abteilung Wirtschaft übernommen hat, veröffentlichte eine Erklärung, in der er u. a. heißt: „Achtung vor geltenden Verträgen und Gesetzen soll mir unersetzliches Vermögen bei allen Verhandlungen sein. Ich will aber auch nicht unterlassen, zu fordern, daß unsere erblichen Willen auch von unserem Vertragspartner Polen das notwendigste Recht erhalten, einseitig ausgetreten zu werden. Der Versailles Vertrag hat allen beteiligten Staaten Rechte vorbehalten, aber auch Pflichten auferlegt. Da Danzig bisher in der Erfüllung dieser Pflicht bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen ist, kann ich wohl die berechtigte Hoffnung hegen, daß die Republik Polen die mit Danzig geschlossenen Verträge und Abmachungen in loyaler Weise erfüllt. Genau so wie es die polnische Regierung als ihre höchste und einzige Aufgabe ansieht, das Leben ihres Volkes zu fördern und zu sichern, so gibt es für uns Rationalsozialisten auch nur eine Aufgabe, das Leben unseres Danziger Volkes zu erhalten.“

# Die Entwicklung des Danziger Theaters.

Wer nach Danzig kommt, dem fällt im Mittelpunkt der Stadt auf dem Kohlenmarke, auf dem ich auch das architektonisch berühmte alte Zeughaus und im Hintergrunde der Stocktur befindet, der Umbau, man kann wohl sagen Neubau des Staatstheaters auf. Die „Kaffeebühne“, wie es bei seiner eierartigen Form mit der Kuppel darauf im Volksmunde genannt wurde, erfährt eine völlige Umwandlung und bedeutende Vergrößerung. Uefer Georgang lenkt den Blick

auf die Entwicklung des Danziger Theaters überhaupt. Die alte alte Bühne war ein wenigstens ein Vollmerk deutsches Kulturmerkmal im Osten zu sein, fast vollkom. Und so hatte sie in ihren Marnern schon vor Jahrhunderten den dramatischen Künsten eine würdige Stätte gewährt. Schon in der Mitte des 16. Jahrhunderts fanden neben theatralischen, weltlichen Vorstellungen, den Juchtauchtmüßigen und Tängen der Handwerkerkünste, Aufführungen von Schulkomödien statt, vorerst in lateinischer Sprache. Anfangs des 17. Jahrhunderts finden wir die ersten Berufsschauspieler in Danzig, und zwar englische Komödianten. Deutsche Schauspieler traten in der Bretterbude der „Fischbude“ am Domkloster erstmalig auf, als König Johann Kasimir von Polen 1651 in Danzig weilte. In der mittleren Hälfte des 18. Jahrhunderts lebte die dramatische Kunst auch in Danzig, wie überall im Deutschen Reiche, einen großen Aufschwung. Zur der Theaterbau des Komödiantenbaues, das 1774 die alte Bretterbude abgelöst hatte, genügte nicht mehr. Auf Anregung eines Danziger Großkaufmannes, Johann Jacob Kabrun, ging man 1798 an den Plan zu einem ständigen, der Stadt Danzig würdigen Theatergebäude. Die finanziellen Mittel wurden durch eine Aktiengesellschaft beschafft, und am 3. August 1801 konnte das neue Haus zur Feier des Geburtstages des Königs Friedrich Wilhelm III. feierlich mit dem Schauspieler „Friedrich von Silesius“ eingeweiht werden. 133 Jahre lang ist seitdem vergangen, und bis zu diesem Frühjahr waren die gleiche Stätte, in ihren Einrichtungen völlig veraltet und unzulänglich geworden, der Muffe Chalia. Hunderte deutscher Schauspieler und Sänger kamen und gingen in der Zeit, und über 20 Direktoren führten mit mehr oder weniger Glück die Jügel. Juri-Juri der ersten Direktoren des neuen Hauses, Jean Bachmann (1801-1810) und Daniel Hiray (1810-1819), als Danzig als Freistaat unter französischer Oberhoheit stand, erbaute die Bühne ihre erste Bühne. Weiterwärtige Vorkämpfer, wie Heinrich Anschütz und Karl P. R. Schreier, wurden des Danziger Hoftheaters, traten auf. Auch unter der nachfolgenden „Direktion“ Schreier (1820-1831) behielt das Danziger Theater sein hohes künstlerisches Niveau. Unter Friedrich Genée, der bis 1855 die Bühne leitete, zählte Danzig zu den allerbesten Provinztheatern Preußens. Weiter wirkten in der Zeit als Direktoren bis 1900 in der Hauptsache Theodor P'Arronge, Georg Lang, der spätere Leiter des Münchener Sängerkreis-Theaters, Wanno Stolzenberg, ein vorbildlicher Sänger und Gesangspädagoge, und Heinrich Köpf. Für eine Anzahl berüht gemordeter Theaterkräfte war Danzig ihre erste Wirkungsstätte, und vielen noch heute lebenden und wirkenden Vorkämpfern werden die letzten drei Direktorentheaterdirektoren: Wando Somade (1900-1906), Kurt Grünner (1907-1916) und Rudolf Schaper in bester Erinnerung sein.

Die zur Gründung des Freistaates war das Gebäude Eigentum

des Königlich Preussischen Fiskus. Im Jahre 1814 hatte nämlich König Friedrich Wilhelm III. bei der Versteigerung des Theaters das Gebäude für 12.000 Caler erstehen, um dem Danziger Publikum die Möglichkeit von Schauspielerstellungen zu erhalten. Das Theater wurde seitdem jeweils verpachtet. In den letzten Jahren hatte die Stadtgemeinde Danzig unter Übernahme Schoppers als Intendant (später mit dem Titel Generalintendant) die Bühne in eigener Regie geführt, mit der Spielzeit 1930/31 aber einen starken Abbau des Personals beschlossen und die große Oper völlig fortstellen lassen. Schaper übernahm die Leitung des Theaters am 1. Oktober 1916 bis 1931, das Theater geleitet hatte) als Generalintendant wurde Hans W. nach. Im Jahre 1931 im Sommer 1933, nachdem der nationalsozialistische Senat aus Ruder gekommen war, der Generalintendant des Theaters Erich Orthmann in der Generalintendant ab, der daneben als Staatskapellmeister der erste Dirigent der Oper blieb.

Mit der Übernahme der Regierung durch den Nationalsozialismus wurde durch Senatsbeschluss das Danziger Stadttheater in ein Staatstheater umgewandelt und ihm seine Stellung als einer der stärksten Faktoren im Kampfe für deutsche Art und Kultur voll wieder gegeben. Nicht nur, daß die große Oper wieder eingeleitet, Orchester, Chor und Singschulen Personal bedeutend vergrößert wurden, es wurde auch der Spielbetrieb auf den ganzen Freistaat ausgedehnt. In Form einer Art Wanderbühne bespielt in erster Linie das Schauspielerpersonal des Staatstheaters selbst die kleinsten Ortschaften des Freistaates, um überall das Interesse und die Liebe für die deutsche Kunst zu pflegen. Dem Bedürfnis entsprechend werden natürlich die Städte des Freistaates, wie Joppo und Eigenhof, und ebenso das ostpreussische Marienburg besonders berücksichtigt.

Engle Verbundenheit aller Volksgenossen mit dem Theater als Pflegestätte deutscher Kunst und deutschen Kulturlebens, das ist das Ziel, das sich das Danziger Staatstheater gesetzt hat, und das es bis heute gelassen. Spielweise zeigte eine bis dahin in Danzig nicht gekannte Vielseitigkeit. Der Spielplan ging von dem Bekannten aus, allen Kreisen des Volkes etwas zu bieten, ohne unkünstlerliche Konzeptionen zu machen. Von artistischen Experimenten hielt er sich ebenso fern wie von Kassenklagen. Durch Erweiterung des Personals, günstige Kassenverhältnisse und sorgsame Probenarbeit wurde jede Aufführung zu einem Erfolg. Daß man den klassischen Werken in Schauspiel und Musik ganz besondere Pflege anzuwenden ließ und ließ, versteht sich von selbst. Der neue Spielplan 1934/35 lehnt sich ebenfalls auf. Klassische Meisterwerke unserer Nationaldichtung, Schiller und Goethe, sind auch Schakspears sind wieder vorgefunden. Händel, Mozart, Humperdinck, Verding, Husk wird u. a. die Oper bieten. Daneben ist der leichten Muffe in Schauspiel und Operette ein genügendes Feld eingeräumt. Selbst an guten Uraufführungen wird es, wie im vorigen Jahre, nicht fehlen. Erstmals ist zumal auch die Darbietung von großen klassischen Sinfoniekonzerten im Staatstheater unter Leitung Orthmanns. Kurzum, alles geschieht, um Danzigs Theater als vollwertiger Kunststätte von Bedeutung den ihm gebührenden Platz im Volks- und Kulturleben zu gewinnen. Es soll, um ein Wort des Kultusministers Boeck zu gebrauchen, ein erstes Volkstheater sein, das Dichter, Schauspieler, Zuschauer in einem Einheitsgefühl des Ganzen verbindet, ein Ausstrahlungspunkt deutscher Kunst im Ostraum.

## „Der Offseekreis“.

Unter dem Titel „Der Offseekreis. Die Revolution der Geschichte des nordischen Menschen“ ist von Otto Weber-Krohse ein beachtenswertes Buch erschienen, (Herausgegeben von der Nordischen Gesellschaft, Verlag von Charles Coleman. Tübingen 1934. 171 Seiten.)

Das Buch verfaßt, die Geschichte der um die Offsee gelagerten Völker, die von der jüngsten Weltgeschichte bis in der Regel nicht dargestellt und kaum in ihren Beziehungen miteinander betrachtet worden sind, als ein Ganzes zu leben, als ein Ganzes in den räumlichen und geistigen Bedingungen. Und es geschieht das in einer lebendig anschaulichen und immer kraft voll Beweistliche anziehenden Art. Das Dänemark über die Offsee hinweg Geschichte gemacht hat und daß für den Aufstieg der Hanse die Offsee der Räume verbindende Träger gewesen ist, darüber war man sich wohl einigermassen im klaren. Auch daß Schwedens Großmachtspolitik aus der Offsee ihre lebendige Kraft geschöpft und daß sich die Macht des Deutschen Ordens bewahrt an die Offsee angelehnt hat, daß der Protestantismus in den Offseeländern unbedingt vorherrschend, und daß das wederwählige Element für die Kolonisierung dieser Länder eine besondere Bedeutung besitzt — alles das hat man im allgemeinen gewußt. Geheißt aber hat bisher eine „Zusammenfassung“ aller dieser Faktoren, die das nördliche Meer nicht anders oder vielleicht in noch stärkerem Maße als das Mittelmeer als ein geschichtsbildendes Element von starker Eigenprägung herbeizitieren lassen. Weber-Krohse sieht im nördlichen Offseekreis den großen, in Wirklichkeit einzigen Gegenpol und Überwindner des römischen Mittelmeerkreises. Die Bedeutung der Ostsee aber, daß beide Kreise sich heute auf deutschem Volksboden überschneiden, hat er nicht genügend beachtet. Deutschland als historischer und politischer Begriff und als völkische Einheit tritt in seiner Betrachtung voll-

kommen zurück. Weber-Krohse sagt nichts darüber, wie er sich das Verhältnis zwischen den Eilen Deutschlands, die eindeutig zum protestantisch-nördlichen Offseekreis gehören, und den anderen Eilen des deutschen Raumes denkt, die näher dem katholisch-römischen Mittelmeerraum liegen und stärker unter dessen Ausstrahlungen stehen. Er laßt nichts darüber, wie das Verhältnis des Offseekreises etwa zum baltischen Kessel sein soll, der auch von Männern wie Raspolow oder Blomark, die die Kräfte des Offseeraumes durchaus richtig zu werten verstanden, als ein politisch-herkunftsbildend Europas angesehen wurde. Seine Darstellung und Betrachtungsweise enthält manche Momente, die geeignet sein können, Trennungslinien im deutschen Raum wieder aufzuzeigen, deren Überwindung die Arbeit mehrerer Jahrhunderte war, und deren Wiedererrichtung gerade das Ziel dererigen Mächte ist, die sich heute z. B. in Wien mit deutlicher Front gegen das Reich festgesetzt haben. Denkt man daran, dann muß einem manches an dem Weber-Krohse'schen Buch nicht eben als falsch, aber doch zum mindesten als einseitig und als ungeschickt dargestellt vorkommen. Die Dinge, die im Südboden geschrieben, sind für Deutschland zu ernst und bedeutungsvoll, als daß sie so nebenher erlösen könnte, und was das Deutschland im Südboden seit dem 7. Jahrhundert geleistet hat, das ist doch mehr als eine romantische Angelegenheit, die nur noch eine Vergangenheit, aber keine Zukunft mehr hat. Trotzdem trifft es zu, daß, wenn der Südboden im deutschen Sinne eine Zukunft haben soll, die treibenden und revolutionären Kräfte dabei diejenigen sein müssen, die Weber-Krohse in ihrem Buche als die Kräfte des Offseeraumes dargestellt hat, und daß die deutsche Behauptung im Südboden gleichbedeutend sein wird mit der Zurückdrängung der aus dem Mittelmeerkreis herkommenden Kräfte.

## Eine deutsche Frau an der Ostfront.

Wahrlich als in früheren Kriegen hat im Weltkriege 1914/18 auch die deutsche Frau „ihren Mann“ lieben müssen. Brauchte es doch die Länge des für über vier Jahre hinziehenden Krieges mit sich, daß jeder nur einermöglichen abkömmliche, gesunde und wehrfähige Mann sich dem Vaterlande für den Dienst an der Front zur Verfügung stellen mußte. Dadurch aber war man in der Heimat gezwungen, je länger, je mehr auf weibliche Hilfskräfte zurückzugreifen. So kam es, daß alsdann auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der Privatwirtschaft Frauen in die verschiedensten Dicken traten und dadurch die Aufrechterhaltung des für den Lebenskampf so wichtigen heimischen Wirtschafts- und Verkehrslebens überhaupt erst ermöglichten. Soweit nur immer angängig, tat die Frau in der Heimat und auch wohl in der Etappe Dienst, damit der Mann für den eigentlichen Frontdienst frei wurde. Doch hat es im Weltkriege an der Ostfront eine Frau gegeben, die, wenn auch ohne Waffen, als vollgültiger Frontsoldat Dienst getan hat. An **Annemarie Reimer**, Gattin des Arztes Dr. Reimer zu Capiau in Ostpreußen, war diese Frau. Als einziger weiblicher Kraftwagenführer der deutschen Armee trat sie vom August 1914 bis zum März 1915 in Ostpreußen und anschließend daran auch in Rußland militärischen Dienst.

Schon im Jahre 1910 hatte Frau Reimer — als wohl eine der ersten deutschen Frauen — den Führerschein erworben. Im Eigenbesitz eines Kraftwagens, hatte sie sofort nach Ausbruch des Krieges den Entschluß gefaßt, sich und ihren Wagen irgendetwas in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen. Hierzu fand sich bereits in den ersten Tagen nach der Mobilmachung Gelegenheit, zumal Kraftwagen, mehr noch aber Kraftfahrer, in damaliger Zeit, besonders im Osten, noch eine ziemliche Seltenheit waren.

Nachdem Frau Reimer sich gleich am ersten Mobilmachungstage hatte von ihrem Gatten trennen müssen, war sie sich allein überlassen in ihrem unmittelbar vom Feinde bedrohten ostpreußischen Städtchen. Sie hätte die Flucht „ins Reich“ antreten können, aber sie blieb und half, wo nur immer Hilfe konnte. Da fragte der Vordruck von Wehlau nach der Straße Königsberg—Insterburg zur Verfügung stellen möchte. Man gab es kein lautes Befahren. Frau Reimer wollte sofort ein. So kam sie — ohne ihr Dapport — in militärischen Dienst, der sie nun fortan täglich in Anspruch nahm. Handelte es sich zunächst dabei mehr um eine Privatabmachung, so wurde aus dieser schon nach wenigen Tagen eine feste Anstellung auf Privat-Dienstverträge. Damit war sie nun verpflichtet, die ihr zukünftig aufgetragenen kriegsmässigen Dienste eines Militär-Kraftwagenführers pünktlich und gewissenhaft zu leisten.

Frau Reimer hat sie geleistet. Ihre Feuerarbeit erhielt sie — in der unmittelbaren darauf beginnenden Schlacht bei Gumbinen —. Als sie dann nach dieser Schlacht auf einige Tage in ihren Heimatort Capiau zurückkehrte, um in ihrem Heimstädtchen nach dem rechten zu sehen, traf sie zufällig mit ihrem Onkel, dem späteren Kommandeur der 88. Inf.-Division, Generalleutnant Clausius, zu treffen. Dieser veranlaßte sie, in seine persönlichen Dienste zu treten. Erst damit begann für Frau Reimer der eigentliche Frontdienst. Als „Diensthilf“ zugeleiteter Chauffeur“ hatte sie den General Clausius, der damals die 9. Landwehrbrigade befehligte, von nun an dorthin zu fahren, wo der Frontdienst seine Annahmestellen erforderte. So ging es denn Wochen und Monate lang hin und her. Von Insterburg über Gumbinen, Willkallen, Schirwindt, Elst in nach Puszkow hinan. Tagaus, tagein war der einzige Kraftwagen der Brigade unterwegs, und nicht selten war gerade dieser Wagen das Ziel feindlichen Artillerie- und Infanteriefeuer. Mehr als einmal auch gelangten die Insassen mit knapper Not der feindlichen Umzingelung und Gefangennahme. Stets lauerten in den Wäldern und auf den zerfahrenen und verschollenen Landstraßen Gefahren aller Art. Über alle diese Gefahren und Strapazen wurden von der tapferen Frau mutig und standhaft getragen.

So nahm sie u. a. auch an der Itzapopenreiden Winterflucht in Majura teil, obgleich ihr Gesundheitszustand seit Anfang 1915 kein ganz unbedenklicher mehr war. Bei Eyck wäre sie damals fast mit ihrem Wagen verunglückt, als sie auf einer nördlichen Fahrt — natürlich ohne Wagenbesetzung — an eine gepflanzte Weide kam, vor der sie gerade noch im letzten Augenblick den Wagen anhalten konnte. Aber über alle Mühsaligkeiten und Gefahren mußte sie sich eben in diesem

Gleichmut hinwegsetzen, denn Vorgesnis oder Angst um ihr eigenes Leben konnte sie nicht. So begleitete Frau Reimer die Division als Kraftwagenführerin bis tief nach Rußland hinein und nahm an zahlreichen Gefechten teil. Im März 1915 erkrankte sie dann aber doch so schwer, daß sie ihren Dienst bei der Gruppe erhaltend aufgeben und nach Deutschland zurückkehren mußte. Dahin fand sie nun wieder ihrem Hausweilen vor und betätigte sich während der übrigen Kriegszeit auf den verschiedensten Gebieten des Gemeinwohls der näheren und weiteren Umgebung Capiaus.

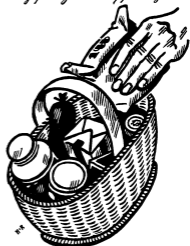
Wenn heute, nach 20 Jahren, die Geschichte vom Heldentum der deutschen Männer im Weltkriege berichtet, dann darf auch die tapferste Ostpreußenin aus Capiau nicht vergessen werden. Sie hat damals, in einer für ihre enger Heimat besonders schicksalsschmerzigen Zeit, Leib und Leben in die Schanze geschlagen. Sieben Monate lang war sie in Sommerhitze und Winterskälte, umgeben von hündiger Lebensgefahr, nicht nur als Kraftwagenführerin, sondern auch sonst auf die verschiedenste Art und Weise überall da hilfswillig tätig, wo man sie nur immer brauchen konnte. Stets war sie Kamerad unter Kameraden und verbat sich jede Bevorzugung, Rückständigkeit und Sonderbehandlung, soweit ihr solche im Frontdienst überhaupt nicht gewährt werden können. So hat sie mit ihrem Kraftwagen — es war natürlich nicht immer derselbe — 20 000 Kilometer zurückgelegt und alles müllig mit ihren delergroten Kameraden getragen. Sie stand im Dienstad für ein Unteroffiziers und war nach der Schlacht bei Schirwindt für 20 Tage in der 2. Kompanie vor dem Feinde zum E. R. H. eingezogen worden. Erhalten hat sie diese Kriegsauszeichnung nicht, da eine alsobald ergebene Rabinetsordre die Verleihung des Eisernen Kreuzes an Frauen verbot. Es ist aber wohl anzunehmen, daß sie das jetzt geöffnete Ehrenkreuz für Frontkämpfer von der zuständigen Stelle noch erhalten wird.

Generalleutnant Clausius, ihr damaliger Vorgesetzter, schreibt in einem Zeugnis, das er seiner Nichte nach der Dienstentlassung ausstellte, u. a. folgendes: „Sie hat in dieser Stellung als Kraftwagenführerin nicht nur alle Pflichten auf das sorgsamste erfüllt, sondern dabei auch erhebliche Tapferkeit bewiesen. So fuhr sie mich als Kommandeur der 9. Landwehrbrigade am 4. September 1914 auf der Straße Capiau—Tobiau, weßlich der Weime, bis in die Gegend von Goldbach durch feindliches Artilleriefeuer. Sie hat die Kämpfe an der Weime mitgemacht und im Gefecht bei Tobiau Ordonanzdienste verrichtet. Sie wirkte als Kraftwagenführerin mit bei den Kämpfen um Elst und Kaugrogen, Schirwindt und Modislawen, im Gefecht bei Puschki, den Kämpfen bei Galkobken und Rohofje, in der Schlacht bei Stalupinen, an den Krikschloß Bergen, in den Stellungskämpfen an der Rominte, in der Winterflucht in Majura und an den Kämpfen an der Skrodo und Pila. ... Sie wurde für die für eine Frau weit über das zu erwartende Maß hinausgehende Beweise von Tapferkeit und Unerschrockenheit bei der Versorgung der Verwundeten zum Eisernen Kreuz eingezogen.“

Was sie vorantreibt, als die Front zu geben, war weder Geltungsbedürfnis noch Abenteuerlust, sondern einzig und allein der feste Wille, ihrem Vaterlande, wie ja auch andere, nach besten Kräften zu helfen. So hat sie mit Anteil an der Befreiung Ostpreußens, das ein gültiges Gedächtnis und das Deutschbewußtsein seiner Bewohner auch nach dem Kriege dem Reiche erhalten hat.

Pfarrer S. Peltz-Kosell.

*Was jetzt nicht seines Hundes Brand*



**Unverzüglich müssen Neubestellungen auf unser Distanz für das 1. Vierteljahr 1935**

aufgegeben werden. — Bei später erfolgenden Bestellungen ist eine Sondergebühr zu zahlen. Der Bezugspreis für drei Monate beträgt 0,90 RM. (ohne Zustellungsgebühr)

*für das 1. Vierteljahr 1935*

## Buchbesprechungen.

**Führer über die ostpreussischen Schlachtfelder.** Bearbeitet im Auftrage des Landesverkehrsverbandes Ost- und Westpreußen von Major a. D. Dr. Walter Grosse. Mit einem Geleitwort vom Gauleiter und Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen Erich Koch. VIII und 56 Seiten mit mehreren Kartenkzipsen. Kartoniert, 0,60 RM. Ost-Europa-Verlag, Königsberg/Dr. und Berlin W 35. — Auf wenigen Seiten wurden über die Kriegsergebnisse 1914/15 in Ostpreußen zusammengefaßt. Gleichwohl dient das Heft allen Lesern der ostpreussischen Schlachtfelder als ein praktischer Führer. Der Verfasser ist ein mit den Kriegsergebnissen in Ostpreußen herangezogenster bekannter Soldat. Der Aufmarsch von 1914, die ersten größeren Gefechte in Ostpreußen (die Schlacht bei Gumbinnen), die Lage von Cannenberg, die gewaltigen Kämpfe an den Masurischen Seen und die Winterkämpfe in Masurien sind Gegenstand eindringlicher Beschreibung, die knapp und faßlich einen klaren Begriff über die gefährdete Lage Ostpreußens, über das Eindringen der russischen Armeen und die Ausbreitung der deutschen Front vermittelt. Die Entwicklung der Gefechtslage wird durch überflüssige Kartenkzipsen erläutert. In engem Zusammenhang mit dem kriegsgeschichtlichen Teil steht überall die Beschreibung der Wanderungen über die verschiedenen Schlachtfelder. Mehr als 250 Namen umflutet das Ortsverzeichnis des Buches. In seiner Eigenart ist der Führer über die ostpreussischen Schlachtfelder ein Begleiter, der jedem Ostpreußenfahrer gute Dienste leisten und wertvolle Hinweise auf die geschichtliche Bedeutung jedes Stückchens ostpreussischen Bodens geben wird.

**Reben und Weidiche vom Parteitag 1934.** Herausgeber und Verleger Jungdeutsch Partei für Polen. Druck von Sultan Jenker, Bielefeld (Bielefeld). 41 Seiten. — In dieser Broschüre sind die Reden des Parteiführers Weisner, des stellv. Landesführers Schneider-Katomin, des Posener Delegierten Schulz-Wollstein und des Döberer Delegierten Dr. Gängel enthalten, die auf dem Katominer Parteitag der Jungdeutschen Partei für Polen gehalten wurden. Für jeden, der sich über Ziele und Ideen der deutschen Erneuerungsbewegung unterrichten will, ist dieses Heft ein brauchbarer Leitfaden.

**Neuer deutscher Geistes- und KulturAtlas.** Das ist ein wirklich ansehlicher Atlas! In die nur matt angedeuteten Linien (Deutschland, Europa usw.) ist scharf und plastisch eingeschrieben, mit Strichen, Pfeilen und Farben, worauf es jedesmal zur Charakterisierung eines historischen oder kulturellen Lebensstadiums ankommt; z. B. Verfallung Europas in der Zeit, Kampf zwischen Rom und den Germanen, Frühdeutsches Werden (überaus klar immer nur im Sinne der Größe? Sagen wir doch: „Karl der Franke“), das genügt! Weiter: Ausbreitung der Gotik, der Reformation; die deutsche Obhutswegung (warum: „der Franke“? Der Anteil der Franken ist verhältnismäßig gering); der Ordensstaat, die Offize usw. — bis zur Gegenwart, zur Festklärung der Mitteleinde, zum Weltrechtskampf, zur Bildung weltpolitischer Zentren auf der Erde. — Diesem harmlosen Atlas ist ein Lebensatlas beigefügt. Der Preis des Ganzen ist billig (2,40 RM. für 22 Karten + 40 Pfg.; Verlag Vlt & Breslauerhof, Leipzig). Eine Neuauflage würde eine kleine Gabe von Unrichtigkeiten (z. B. die Gotik reichte östwärts und auch nordwärts viel weiter!) abzulassen und noch einige Karten zur sachfählichen Offizern unter Ration einfügen haben. Dr. P.

**Das Ringen um deutsches Neuwenden.** Eine Umkehrzeit, wie wir sie erleben, mobilisiert die geistigen Kräfte in unermühter Weise. Überall geht man zu den Quellen deutschen Lebens, um zur Selbstbelebung zu kommen und die — eine Herausforderung — Grundlage wirklicher Deutschtätigkeit für die Zukunft zurückzugewinnen. Die einen tauchen dem Raunen germanischer Mythen und machen Uralters ne lebendig; so Hans Raumann in „Germanischer Schicksalsglaube“ (Jena, Dietrichs; 2,40 RM.), einem Buch, das nordisches Dichten und Denken und aus ihm heraus heftigen Lebensinn kraftvoll gehalten. Ein wirkliches Wollen um die innere Haltung und die Sinesformung unserer Völkerväter tut uns not. Wir sind ja ihre Erben, nicht die der Griechen, Römer oder Ägypten. Die Wissenschaft der Vor- und Frühgeschichte hat heute endlich den Rang erlangt, der ihr zukommt. Einer der bekanntesten Prähistoriker, Carl Schuchert, kann seine „Vorgeschichte von Deutschland“ (Verlag R. Oldenbourg, München; gebd. 9,60 RM.) in neuer Auflage bringen. Hier wird die Vorzeit, da vor 4000 Jahren die langschädige Rasse Churingen nordwärts drängte und mit den nordlichen Bauern um die Offsee das Germanentum schafft, lebendig. Wir erleben die wichtigsten Ausgrabungen mit und folgen den Wanderungen der Arier nach Südeuropa, wir erfahren von der ersten bedeutenden germanischen Ostkolonisation, die Sch. in der Ausbreitung der „Kaukasier Kultur“ erblickt. Slaven, Wikingen, Druzen zieht der Verfasser in den Bereich seiner packenden, mit 317 Abbildungen versehenen Schilderung. — Eine klar, volkstümliche Darstellung des gleichen Forschungsgebietes gibt der Göttinger Professor Hans Bahne in „Deutsche Vorgeschichte“ eine knappe, billige, ebenfalls reich bebilderte Schrift (Bielefeld, Velhagen & Klasing), die anderen gegenüber den Vortrag außerordentlich Spannung besitzt. — Dies prägnant nationale, rassenkundlich auffällige Buchlein sollte

man vor allem der Jugend in die Hand geben! — Am materialistisch-liberalistisch-marxistischen Zeitalter waren die Werte des Christentums vielfach auf den Wulstpunkt gesunken. Die nationalsozialistische Bewegung hat demgegenüber von Anfang an in ihrem Parteiprogramm das „positive Christentum“ als Grundlage für den Aufbau des Staates anerkannt. Das bedeutet keine Festlegung auf Dogmen, sondern die Wertschätzung seines geistigen Gehalts. „Christentum deutsch!“ preigt Trig Engele (Hamburg, Raubes Haus; 1,20 RM.) und will das Antijüdische im Wirken Christi, dem „deutschen Christus“ herauszufinden. „Jesus und der nordliche Mensch“ lautet der Titel einer Unterlängung von Rudolf Schams (Verlag Fritz Keller, Berlin W 21), in der der Verfasser daraufhin verfuhr, was aus der Heilandsgeschichte nordlichem Denken entspringt. Weiter als er geht Dr. Dinter, Verfasser des bekannten Romans, „Die Günde wider das Blut“, der in mehreren Schriften den Nachweis führt, daß der dem arischen Gallien entstammende Jesus Arier gewesen ist — ein Standpunkt, den ich schon vor mehr als 30 Jahren in Theodor Striffls „Sammer“ verfochten habe. Dinters lesenswerte Abhandlung heißen: „War Jesus Jude?“ und „Wie sah Jesus aus?“ (Verlag Deutsche Volksschriften; Leipzig; Preis 50 bzw. 60 Pfg.). Max Kutschmann: „Das Metall, mein Volk und ich“ führt uns durch das All, durch die göttlich gestaltete Natur, durch Geschichte und Menschheit, durch die Dynamik des Blutes, die zur deutschen Revolution und dem Aufbruch der Gegenwart. Wir folgen einem geistigen Pfadfindertum — über die Erde hin, durch die Gemeinschaft der Völker, und erleben voll Ehrfurcht das eigene Volk, das im Zeichen des Hakenkreuzes seiner höchsten Bestimmung entgegenstreitet. (Verlag Deutsche Kultur - Wacht, Berlin - Schöneberg, 2,40 RM.). Dr. P.

**Ein ostdeutscher Vorkriegsroman.** Der Verfasser verrät schon aus der Einzelführung des Menschlichen und Politischen, daß er ein genauer Kenner des Posener Landes ist. Er zeigt die Menschen einer zeitlich zurückgelassenen Späure, aus Kleinstand und Dorf, so unerschrocken, so mit allen Menschlichkeiten behaftet, daß dieser Realismus (den man literarisch bereits überwunden glaubte) in einem „deutschen Roman“ (so nennt Arnold Krüger sein Buch: „Das Blut der Völkera“) Verlag Kommit, Berlin) geradezu penibel ist. Wir zweifeln nicht, daß Menschen und Erlebnisse durchaus echt sind. Aber schließlich — diese vom Verfasser geschilderte Minder- und Untermenschheit ist doch nicht typisch, und typisch wirkt sich auch immer, typisch für die Gesamtheit der ostdeutschen Menschen. Das Kleinliche und Alltägliche, das sich mit dem Völkischen überkreuzt, ist oft so kraß, daß man fragt, warum Leute dieser Art uns in einem umfangreichen Werk vorgeführt werden. Für den Osten, für den Kampf um die Deutschtätigkeit des Landes und der Grenze wirkt dies Buch nicht. Ein Fernstudium muß zu dem Urteil kommen: Die Ostdeutschen sind nicht minderwertig! losgeronnen sind! Auf ganz gesehen, sind die Vertreter des Germanentums ererblich sympathischer geartet. Mag sein, daß der Verfasser auch das erlebt hat. Aber das Erleben rechtfertigt heute die Abfassung eines solchen Romans nicht. Wir tun unsern Völk und unserer Grenzmark keinen Dienst, wenn wir dem Allzumenschlichen, das vor 20 Jahren war, eines so breiten Raum geben. Schade, daß Krüger, der über ein starkes Erzählertalent verfügt und packend zu gestalten weiß, seine Kraft diesem Stoff gewidmet hat! Dr. P.

### Familiennachrichten.

- Schulze:** Wohnwörter 1. R. Reich, Frankfurt (Oder) am 3. 12. 91 3. (2. aus Wittmar am 26. 7. 91 und 71); New Annette 22 4 1 in Seltzau (Reich Bremer) am 8. 12. 91 3. 4.  
**Reich:** Beiel R u h n und Arno Reiche, Rassel, am 4. 12. 54. (Arno Reiche ist der frühere Jungsohnführer der Ostsee, Rassel und frühe Student des Realgymnasiums von Surbellen).  
**Schäfers:** Rechnungsführer Emil Betsch von Großkron, Kr. Schwedt (ab 1922) wohnhaft in Sauerhagen, Kreis Schwedt, Ostpreußen (bisheriger Vorsteher der VolkseigenenGenossenschaft und des Kreisvereins in Eisenberg, Kr. Arnim) am 20. 11. 91 3.; Hans Wilhelm G r o n d e in Johanneburg (Kr. Gumbinnen) am 18. 9. 91 3.; Oberbürgermeister Dr. Dr. für Kurt Krause in Sotscham, Gumb.-Wilhelm-Große 111, Ehrenbürger, und Oberbürgermeister a. D. der Stadt Schneidemühl, am 19. 11. 34.

### Ober-Schreibherau Mariental, Riesengebirge Haus „Hohe Sonne“

Nähe Lindenhof. Telefon 512.

Behagliches nettes Heim für Winter- und Sommergäste in ruhiger, zentraler Lage. Nähe Skiliftbeweisens und Skibahn. Gute Verpflegung, möb. Freize.  
**Eise Tille u. Luise Schroech**

### Ischias-, Gicht- und Rheumatismskranken

teile ich gern **kostenfrei** mit, wie ich vor Jahren von meinem Ischias- und Rheumaliden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.  
**August Bastian, Rentier, Stahnsdorf 69, Kreis Teltow, Bergstraße 9.**